



HANDREICHUNG ZUR
POLITISCHEN BILDUNG
BAND 22



HEIMAT BILDEN IN THÜRINGEN

**HERAUSFORDERUNGEN
MIGRATION UND INTEGRATION**

MAJA EIB (HRSG.)
SARAH DURYEA | SINA MEISSGEIER



Konrad
Adenauer
Stiftung

HEIMAT BILDEN IN THÜRINGEN

**HERAUSFORDERUNGEN MIGRATION UND
INTEGRATION**

HANDREICHUNG ZUR POLITISCHEN BILDUNG
BAND 22

Maja Eib (Hrsg.)

**Sarah Duryea
Sina Meißgeier**

Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



ClimatePartner[®]
klimateutral

Druck | ID 53323-1609-1015

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2016, Sankt Augustin/Berlin

Die namentlich gekennzeichneten Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Konrad-Adenauer-Stiftung widerspiegeln.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter: <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>).

Umschlag: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

Satz: Janine Höhle, ZKM/Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Fotos:

Umschlagfoto: © Ralf Baumgarten

Seite 62, 64: © Elisabeth Rau (Pressestelle Landratsamt Saale-Orla-Kreis)

alle weiteren: © Politisches Bildungsförderung Thüringen der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-234-4

Inhalt

5 | VORWORT

9 | „WENN DAS JEMANDEM GELINGEN KANN, DANN EUCH DEUTSCHEN“ ODER: WIE WIR FÜR DIE GRÖSSTE HERAUSFORDERUNG SEIT DER WIEDERVEREINIGUNG AUFGESTELLT SIND

*Katharina Senge, Referentin der Integrations-
beauftragten CDU/CSU-Bundestagsfraktion*

18 | CHANCEN FÜR EINE ERFOLGREICHE INTEGRATION IN VERTRAUTEN, LEICHT ERFASSBAREN STRUKTUREN

*Mike Mohring, MdL und Vorsitzender der
CDU-Fraktion im Thüringer Landtag*

24 | BEST PRACTICE: SCHULPROJEKTTAGE „FLUCHT IN DIE FESTUNG EUROPA“

Heinrich Quaden, Oberst a. D.

31 | DIE FLÜCHTLINGSFRAGE UND DAS DEUTSCHE SELBSTGESPRÄCH – EIN VERSUCH DER ETHISCHEN SORTIERUNG

*Dr. Johannes Christian Koecke, Koordinator für
Grundsatzfragen im Politischen Bildungsforum NRW/
Büro Bundesstadt Bonn der Konrad-Adenauer-Stiftung*

39 | ERGEBNISSE DER AUFTAKTTAGUNG „MIGRATION UND FLÜCHTLINGSPOLITIK“ IN ERFURT

*Sina Meißgeier, Altstipendiatin der Konrad-Adenauer-
Stiftung*

46 | IM GESPRÄCH

„ES IST UNSERE AUFGABE, GUTE UND VERLÄSSLICHE
INFORMATIONEN AUFZUBEREITEN.“

Dr. Marcus Engler, Migrationsforscher

49 | BEST PRACTICE: AKQUISE VON AUSLÄNDISCHEN AZUBI FÜR DEN MITTELSTAND IN THÜRINGEN SITUATION, PROBLEME, LÖSUNGSANSÄTZE

Carsten Fröhlich, EU-Coach und Projektmanager

56 | VOLKSHOCHSCHULE – STARKER PARTNER FÜR DIE ERFOLGSORIENTIERTE INTEGRATION IN LÄNDLICHEN REGIONEN

Olga Vitzthum, Leiterin der Kreisvolkshochschule Weimarer Land

62 | BEST PRACTICE: ASYL IM SAALE-ORLA-KREIS: ZWISCHEN TRANSFERLISTEN, EHRENAMTSTEAMS UND „WIR SCHAFFEN DAS!“

Elisabeth Rau, Pressereferentin des Landkreises Saale-Orla

67 | DANK

69 | ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN

71 | ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

72 | PUBLIKATIONSREIHE „HANDREICHUNGEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG“

VORWORT

Aktuell leben in Thüringen circa 82.000 ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Ende 2014 waren es 53.000. Laut einer aktuellen Studie des Thüringer Landesamtes für Statistik hatte die ausländische Bevölkerung am 31. Dezember 2015 einen Anteil von durchschnittlich weniger als 4% der Gesamtbevölkerung in den einzelnen thüringischen Landkreisen; lediglich in der Landeshauptstadt Erfurt liegt der Anteil bei 8-10%. Im Vergleich zum Jahr 2014 hatte sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung somit um weniger als einen Prozentpunkt erhöht. Etwa 28.000 Menschen erhielten Asylbewerberleistungen (Stand: Ende 2015, Pressemitteilung Thüringer Landesamt für Statistik vom 03. August 2016).

Trotz dieses noch immer niedrigen Ausländeranteils in Thüringen ließ sich nicht nur in Deutschland, sondern auch hier ein Anstieg der Ablehnungs- und Unmutsbekundungen beobachten. In diesem Zusammenhang sind auch die Demonstrationen der AfD zu nennen, zu denen sich bis zu 8.000 Menschen in Erfurt versammelten.

Das Politische Bildungsforum Thüringen der Konrad-Adenauer-Stiftung (PBF Thüringen) rief schon zu Beginn des Jahres 2015 das Projekt „Heimat bilden in Thüringen“ ins Leben, welches sein Augenmerk auf eine positive Willkommenskultur sowie gute Integrationsstrukturen legte. Somit machte es sich das PBF Thüringen zur Aufgabe, durch verschiedene Veranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger im gesamten Thüringer Raum eine Plattform für den Austausch von Informationen und Meinungen zu schaffen.

Ursprünglich begann das Projekt unter dem Namen „Zuwanderung - Gewinn für Kultur und wirtschaftliche Dynamik“, um vor allem das Thema „Zuwanderung“ und den damit verbundenen Mehrwert für alle zu diskutieren. Doch mit den massiv ansteigenden Flüchtlingszahlen im Sommer 2015 wuchs in der lokalen Bevölkerung die Angst vor Ausländern an, zu welcher sich laut einer Studie 42% der Thüringerinnen und Thüringer bekannten. Aus diesem Grund entschied das PBF Thüringen

den Fokus des Projektes neu zu gestalten und verstärkt auf eine positive Willkommenskultur und Integration einzugehen.



Der neue Projekttitle „Heimat bilden in Thüringen“ sollte damit zwei Perspektiven ansprechen: Zum einen steht das Wort „bilden“ für die Bildung (der Bevölkerung über die Fluchtursachen und Herkunftsländer

u.a.) und zum Zweiten steht es für das Gestalten unserer Heimat. Menschen, die flüchten und in Thüringen ankommen, um bei uns Sicherheit und ein neues Zuhause zu finden, aber auch die Menschen, die Flüchtlinge betreuen und willkommen heißen, stehen im Mittelpunkt des Projektes.

Angesichts der vorliegenden Zahlen und dem Zulauf von Bürgerinnen und Bürger zur AfD machte es sich das PBF Thüringen im Rahmen dieses Projekts zur Aufgabe, eine sachliche Analyse von Chancen und Risiken der Zuwanderung, die die wirtschaftliche, integrationspolitische und historische Dimension einbezieht, zu leisten. Als Ziel galt es, eine Plattform zu schaffen, welche es interessierten Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen sollte, über ihre Ängste zu sprechen und in sachlichen Debatten Kenntnis über die Menschen zu erhalten, die aktuell als Kriegsflüchtlinge nach Thüringen kommen. Dabei stellten auch die Frage nach den Integrationsstrukturen sowie die Beleuchtung ihrer aktuellen Voraussetzungen, Probleme und Herausforderungen wichtige Kernbereiche dar.

Die Ergebnisse der zu diesem Themenfeld durchgeführten Veranstaltungen des PBF Thüringen, die informativen Vorträge und die reichhaltigen Diskussionen wollen wir mit dieser Publikation einem breiteren Interessentenkreis zugänglich machen.

Einen Einstieg in den Themenkomplex liefert der Artikel von Katharina Senge, in dem sie zunächst die Migrationswellen in der Geschichte nachverfolgt, um den historischen Hintergrund zur aktuellen Flüchtlingswelle bereitzustellen. Mike Mohring, MdL und Fraktionsvorsitzender der CDU Thüringens, erläutert in seinem Artikel „Chancen für eine erfolgreiche Integration in vertrauten, leicht erfassbaren Strukturen“ die politischen Aspekte und Perspektiven Thüringens. Diese beiden ersten Berichte dienen dabei nicht nur der historischen und politischen Einordnung der Flüchtlingskrise in den thüringischen aber auch den gesamtdeutschen

Kontext, sondern bilden gleichzeitig auch das Grundgerüst für die folgenden Artikel, welche einzelne Aspekte vertiefend abhandeln.

Einen Einblick in die Workshops, die das PBF Thüringen im Rahmen des Projekts „Heimat bilden in Thüringen“ mit Thüringer Schülerinnen und Schülern veranstaltete, ermöglicht der Bericht von Heinrich Quaden, in dem er sowohl die Inhalte aber auch die Erfahrungen während der Workshops anschaulich präsentiert. Dieser Bericht soll als Best-Practice-Beispiel dienen und verweist auf die Möglichkeiten und deren Umsetzung bezüglich des Umgangs mit dem Thema „Flüchtlingskrise“ in Schulen.

Eine ethisch-moralisch gerichtete Auseinandersetzung mit der Flüchtlingsdebatte nimmt Dr. Johannes Christian Koecke in seinem Artikel „Die Flüchtlingsfrage und das deutsche Selbstgespräch – ein Versuch der ethischen Sortierung“ vor. Er geht nicht nur auf Fragen um Moral und „Moralismus“ ein, sondern auch auf den Einfluss der Medien und die damit verbundene „gesellschaftliche Mobilisierung“.

Die Ergebnisse der Auftakttagung „Migration und Flüchtlingspolitik“, welche im September 2015 im Thüringer Landtag stattfand, fasst Sina Meißeiger in ihrem Beitrag zusammen. Besonders spannend stellt sie die Ergebnisse der einzelnen Fachforen dar und verdeutlicht in ihrer Darstellung nochmals die Idee des gesamten Projektes.

Im Interview mit dem Migrationsforscher Marcus Engler diskutiert Sina Meißeiger außerdem neben den Aufgaben und Möglichkeiten des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen vor allem die Motive der Flüchtlinge nach Deutschland zu kommen.

Carsten Fröhlich, EU-Coach und Projektmanager, beschäftigt sich mit dem Thema der Fachkräftegewinnung und der Besetzung von Ausbildungsstellen, das von Beginn an einen der wichtigsten Aspekte im Rahmen der Thüringer Flüchtlingspolitik darstellte. Schnell kam die Forderung nach einem zügigen Arbeitsmarktzugang für qualifizierte Flüchtlinge auf. Carsten Fröhlich spricht in seinem Bericht genau diese Forderungen, aber auch deren Umsetzung und Lösungsmöglichkeiten, an.

Als „starke Partner für erfolgsorientierte Integration“ sind des Weiteren die Volkshochschulen anzusehen, wie Olga Vitzthum in ihrem Bericht darlegt. So könne nur mit einer starken Bildung und einem starken Netz-

werk von Partnern aus Bildung, Wirtschaft und Politik eine erfolgreiche Integration stattfinden.

Elisabeth Rau zeigt in ihrem Artikel „Asyl im Saale-Orla-Kreis: Zwischen Transferlisten, Ehrenamtsteams und ‚Wir schaffen das!‘“, wie der drittgrößte Flächenlandkreis Thüringens mit den ihm gestellten Aufgaben umgeht. Rau geht hierbei auf die gegründete Stabsstelle und die Konzentration auf dezentrale Unterbringung ein. Eine besondere Hervorhebung gilt der frühzeitigen Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft. Elisabeth Rau bietet somit einen Ansatz, wie man die Flüchtlingskrise nicht nur theoretisch betrachtet, sondern vielmehr praktisch anpackt.

Das Projekt „Heimat bilden in Thüringen“ ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern eine Plattform, um sich in sachlichen Debatten auszutauschen, Vorurteile abzubauen und eine differenzierte Sichtweise zu erlangen. Eben diese Zielsetzung gaben wir uns auch in der Vorbereitung und Zusammenstellung dieser Publikation. Es wird weiterhin unsere Aufgabe sein, Toleranz und Weltoffenheit zu vermitteln sowie uns für eine Stärkung des abendländischen Wertekanons einzusetzen und dessen Anwendung sowohl einzufordern als auch zu fördern.

Wir danken allen, die an dieser Publikation und als Referentinnen und Referenten in unseren Veranstaltungen mitgewirkt haben. Und wir wünschen uns, dass die Publikation viele Impulse vermittelt, wie wir die anstehenden Herausforderungen in unserer Gesellschaft gemeinsam gestalten können. Anregungen, Kritik und Hinweise sind herzlich willkommen.

Maja Eib

*Landesbeauftragte der Konrad-Adenauer-Stiftung
für den Freistaat Thüringen*

Sarah Duryea

Projektmitarbeiterin „Heimat bilden in Thüringen“

„Wenn das jemandem gelingen kann, dann Euch Deutschen“ oder: Wie wir für die größte Herausforderung seit der Wiedervereinigung aufgestellt sind

Katharina Senge, Referentin der Integrationsbeauftragten CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Katharina Senge

Im Jahr 2016 ist Deutschland gespalten. Da gibt es die Menschen, die es nicht fassen können, dass die Politik 1,1 Millionen Asylbewerberinnen und Asylbewerber in einem Jahr ins Land ließ. Es sind die, die in den Flüchtlingen vor allem Analphabeten und gering Gebildete sehen; die nicht damit rechnen, dass diese in den deutschen Ausbildungsbetrieben zurechtkommen,

sondern dass sie langfristig von Sozialleistungen abhängig sein werden – von unüberbrückbaren kulturellen Differenzen wie zum Beispiel respektlosem Verhalten gegenüber Frauen ganz zu schweigen.

Dann gibt es die, die die Lern- und Integrationswilligkeit der Flüchtlinge in den Vordergrund stellen. Man müsse ihnen jetzt die richtigen Angebote machen, damit sie schnell Deutsch lernen und sich in die Gesellschaft einbringen könnten. Viele Flüchtlinge schätzten doch gerade unsere freiheitliche Lebensweise und die auf Interessenausgleich und Respekt vor Andersdenkenden beruhende politische Kultur. Außerdem sei eine substantielle Veränderung der Gesellschaft durch die Flüchtlinge gar nicht möglich, immerhin komme nur ein Asylbewerber auf 80 Deutsche.

Wir brauchen dringend eine sachliche Analyse von Chancen und Risiken der Zuwanderung, die die wirtschaftliche, integrationspolitische und historische Dimension einbezieht. Einige Aspekte dieser Dimensionen sollen im Folgenden erläutert werden.

DEUTSCHLAND MIT HISTORISCH EINMALIGEN RESSOURCEN

Die Integration der Flüchtlinge stellt zunächst eine bildungs- und arbeitsmarktpolitische Herausforderung dar. Welche volkswirtschaftlichen Auswirkungen hat die Aufnahme der Flüchtlinge? Wie viele werden zeitnah einen Job aufnehmen, wie lange werden andere von Transferleistungen abhängig bleiben? Die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge, ihre medizinische Versorgung und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bedeuten immense Staatsausgaben. Günstige Wohnungen, Sozialarbeit, medizinische und psychologische Angebote müssen zur Verfügung stehen, ohne dass die deutsche Bevölkerung das Gefühl haben muss, schlechter gestellt zu sein als zuvor. Die zweite große Herausforderung ist gesellschaftspolitischer Natur. Wie werden sich die Flüchtlinge nicht nur in den Arbeitsmarkt, sondern auch in die Gesellschaft integrieren?

Diese Fragen zeigen, dass es nicht nur um materielle und administrative Ressourcen geht, um die Frage, wie die Flüchtlingsaufnahme logistisch gestaltet wird, sondern auch darum, wie und wer sie intellektuell gestaltet. Welche gesellschaftspolitische Vision wir entwickeln, mit der wir in diese Herausforderung hineingehen; welche Orientierung die verantwortlichen Politiker und Parteien anbieten. Die Herausforderungen sind

unbestritten, gleichzeitig verfügt Deutschland über historisch einmalige Ressourcen, um sie zu bewältigen: Die Wirtschaft ist im Gegensatz zur Flüchtlingswelle der 1990er in der Lage und willens, mehr Menschen in Beschäftigung zu bringen. Integrationspolitisch verfügen wir anders als bei den Gastarbeitern in den 1960er Jahren über eine klare Vorstellung von Integration und die nötigen Instrumente. Aus dem Ausland hörten wir im letzten Jahr: Ihr Deutschen habt so ein gutes und positives Selbstbewusstsein, das hilft, diese Menschen zu akzeptieren. Wenn das einem Land in Europa gelingen kann, dann Deutschland.

FLÜCHTLINGE AUF DEM ARBEITSMARKT: ARZT ODER ANALPHABET?

Es fehlen bisher belastbare Daten zu Bildung und Berufsqualifikation der Flüchtlinge sowie zu ihrem sozio-ökonomischen Hintergrund. Mit repräsentativen Zahlen wird Ende 2016 gerechnet. Bis dahin können wir auf die Auswertung der neuen freiwilligen Angaben der Asylbewerberinnen und Asylbewerber über ihren Bildungsstand bei der Registrierung zurückgreifen (siehe Anna-Katharina Rich: Sozialstruktur, Qualifikationsniveau und Berufstätigkeit. Asylantragsteller in Deutschland im Jahr 2015, BAMF-Kurzanalyse 03/2016). Diese sind nicht besonders belastbar, weil nur gut die Hälfte der Antragsteller Angaben zu ihrer Bildung gemacht hat. Es ist also möglich, dass die nicht erfasste Hälfte bedeutend von der abweicht, die dazu Aussagen machte. Außerdem kann im Kontext der Registrierung noch nicht die Vergleichbarkeit mit deutschen Schulformen bewertet werden. Jedenfalls ist die Gruppe der Asylbewerberinnen und Asylbewerber stark gespalten. 25 Prozent gaben an, keine oder nur eine Grundschule besucht zu haben (gewichtet nach Bleibewahrscheinlichkeit. Es wurde nicht nach Abschlüssen, sondern nach besuchten Schultypen gefragt, siehe Herbert Brücker: Typisierung von Flüchtlingsgruppen nach Alter und Bildungsstand, Aktuelle Berichte, IAB 6/2016). Diese haben einen hohen Bedarf an Nachqualifizierung, um überhaupt für eine mögliche Berufsausbildung vorbereitet zu sein. 46 Prozent der Asylbewerberinnen und Asylbewerber hat ein Gymnasium oder eine Hochschule besucht. Das Potenzial zukünftiger Fachkräfte ist also durchaus vorhanden, allerdings werden auch diese Flüchtlinge zunächst Schulabschluss, Studium oder eine Ausbildung nachholen beziehungsweise abschließen müssen. Die Gruppe mit mittlerem Bildungsniveau ist relativ klein, wie Anna-Katharina Rich vermerkt.

Die gute Arbeitsmarktlage ist eine entscheidende Ressource bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Anders während der letzten Flüchtlingswelle: In den 1990er Jahren wurden Asylbewerberinnen und Asylbewerber vom Arbeitsmarkt ferngehalten, um in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und des gesellschaftlichen Umbruchs nach der Wiedervereinigung keine Konkurrenz zu deutschen Arbeitnehmern zu bilden. Schließlich sollte auch keine soziale Verwurzelung stattfinden, bevor nicht über den rechtmäßigen Aufenthalt der Asylantragsteller entschieden worden war. Bis 2013 galt daher während des ersten Jahres ein Arbeitsverbot für Asylbewerber. Es wurde jüngst auf die ersten drei Monate verkürzt. Von den Integrationskursen waren Asylbewerber bis vor kurzem ebenfalls ausgeschlossen. Mit dem ersten Asylpaket im Oktober 2015 wurde die Teilnahme geöffnet für die, die gute Bleibeaussichten haben. Das Integrationsgesetz sieht nun sogar vor, dass sie zur Teilnahme verpflichtet werden können. Für anerkannte Flüchtlinge gilt dies sowieso.

37 000 Ausbildungsplätze blieben im letzten Ausbildungsjahr unbesetzt. Es gibt zwar keinen flächendeckenden Fachkräftemangel, aber in bestimmten Regionen und Branchen ist er akut. Spätestens um das Jahr 2030 wird sich die Lage deutlich verschärfen, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der 1960er – die sogenannten Babyboomer – in Rente gehen. Vor diesem Hintergrund stehen die politischen Bemühungen, vorhandene Arbeitskräftepotenziale in Deutschland zu aktivieren durch bessere Ausbildung, durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Karriere und dadurch eine erhöhte Erwerbsquote bei Frauen, durch flexiblere Job-Modelle für Ältere, aber eben auch die gezielte Zuwanderung von Fachkräften. Die deutsche Wirtschaft hat nicht umsonst beim Anschwelen der Asylbewerberzahlen 2015 darauf gedrängt, einen Spurwechsel zu ermöglichen – also den Wechsel eines Asylbewerbers direkt in den Aufenthaltstitel als Fachkraft. Dieser Wechsel würde die beiden Zuwanderungskanäle offiziell vermischen und den Anreiz für Menschen verstärken, es über das Asylsystem „zu versuchen“, auch wenn sie über keinen Asylgrund verfügen. Das Ziel muss jedoch sein, Migration in legale und geregelte Formen zu lenken. Wer über die Voraussetzungen verfügt, als Fachkraft nach Deutschland zuzuwandern, muss dies in der für ihn oder sie besten Weise tun können: mit der Sicherheit eines Arbeitsvertrages, einem Visum und vor allem sicheren und menschenwürdigen Transportmitteln. Aus migrationspolitischer Sicht ist es daher sinnvoller, bei der legalen Arbeitsmigration über Erleichterungen, mehr Service und Transparenz für potenzielle Migrantinnen und Migranten und besonders über

die kleinen und mittleren Unternehmen nachzudenken sowie über erleichterten Zuzug für Arbeitskräfte mit mittlerer Qualifikation.

Das Asylrecht dagegen ist für Menschen da, die unter Verfolgung leiden und nicht ohne Gefahr für Leib und Leben in ihr Heimatland zurückkehren können. Der Unterschied zur gesteuerten Zuwanderung von Arbeitskräften, bei der nach bestimmten Kriterien wie Ausbildung und Bedarf auf dem Arbeitsmarkt ausgewählt wird, besteht gerade darin, dass Asyl unabhängig von den Eigenschaften des Asylbewerbers oder der Asylbewerberin ist. Sowohl mit Blick auf die Botschaft nach außen in die Herkunftsländer und die Anreize, die man gegenüber potenziellen Migrantinnen und Migranten setzt, als auch nach innen auf die Akzeptanz der Flüchtlingsaufnahme, ist es daher sinnvoll, die gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften und die Aufnahme von Asylbewerbern als das zu sehen, was sie sind: zwei grundsätzlich verschiedene Migrationskanäle.

Gleichwohl bleibt die Frage, wie die Menschen in den Arbeitsmarkt integriert werden können, die als anerkannte Flüchtlinge dauerhaft in Deutschland bleiben werden. Die Bemühungen von Unternehmen, Flüchtlinge einzustellen, ihnen beim Erlernen der Arbeitsabläufe, der dafür nötigen Sprachkenntnisse und beim Aufbau zwischenmenschlicher Kontakte zu helfen, sind eine große Ressource für die Integration der Flüchtlinge. Die Initiative „Wir zusammen“, eine Plattform, mit der sich zahlreiche Unternehmen vernetzen, zeigt das Engagement der Unternehmen und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und inspiriert andere. Angesichts dieses Engagements der freien Wirtschaft einerseits und durch die großzügige Beseitigung rechtlicher Hürden beim Arbeitsmarktzugang, die Öffnung von Maßnahmen der Ausbildungs- und aktiven Arbeitsmarktförderung sowie die Verpflichtung zu Integrationsmaßnahmen durch die Politik andererseits wird die Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge intensiv gefördert. Es dürfte damit zu rechnen sein, dass sich die Neuankömmlinge dadurch schneller in den Arbeitsmarkt integrieren als frühere Flüchtlingsgruppen. Studien haben gezeigt, dass von diesen im ersten Jahr 10 Prozent einen Job gefunden haben, nach fünf Jahren waren es 50 Prozent. Danach war nur noch ein langsamer Anstieg der Arbeitsmarktbeteiligung zu verzeichnen. Deutlich ist demnach, dass die ersten fünf Jahre entscheidend sind für die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen und es richtig ist, bei denen, die eine gute Bleibeperspektive haben, keine Zeit zu verlieren.

GESELLSCHAFTLICHE INTEGRATION: DIE VORAUSSETZUNGEN SIND VORHANDEN

Der zweite Bereich, in dem sowohl Herausforderungen als auch Ressourcen liegen, ist die Integrationspolitik. Wie kann eine so große Zahl von Menschen fremder Sprache und Kultur in die deutsche Gesellschaft eingegliedert werden? Was ist die richtige Strategie, worauf kommt es an, damit sich keine Parallelgesellschaften bilden? Hier verfügt Deutschland über eine großartige Ressource, nämlich eine in den letzten 15 Jahren etablierte pragmatische Integrationspolitik, die zuerst für reguläre Zuwanderer aus Drittstaaten entwickelt wurde, uns nun aber auch für die Integration der Flüchtlinge zu Verfügung steht. Zu den Grundannahmen dieser Politik gehören die folgenden vier Thesen:

1. Keine Zuwanderung ohne Integration

Zuwanderung kann und darf nicht ohne gesellschaftliche Integration erfolgen, wie dies bei der Gastarbeiteranwerbung in der Bundesrepublik der 1950er und 1960er Jahre geschehen ist. Insgesamt kamen zwischen 1955 (erstes Anwerbeabkommen mit Italien) und 1973 (Anwerbestopp) 14 Millionen Menschen als sogenannte Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter nach Deutschland, von denen jedoch 12 Millionen das Land wieder verließen. Andere blieben und holten in den 1970er Jahren ihre Familien nach. Integration war nicht vorgesehen, wurde weder gefördert noch gefordert. So gab es keinen Deutschunterricht für Erwachsene und Kinder. Im Gegenteil: In Schulen in der BRD wurde muttersprachlicher Unterricht angeboten, damit sich die Kinder bei einer späteren Rückkehr in das Heimatland ihrer Eltern wieder in dessen Gesellschaft integrieren könnten. Integrationsanforderungen beim Familiennachzug gab es nicht. Die niedrige Bildung und geringe gesellschaftliche Teilhabe der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter setzten sich so in den nächsten Generationen fort. Umso bewundernswerter sind die Lebensläufe der Kinder und Enkel dieser Zuwanderer, die heute Professoren, Politiker und Journalisten sind. Aus den Lebensläufen dieser „Extremaufsteiger“ wissen wir, dass unterstützende und ermutigende Menschen von außerhalb des direkten sozialen Umfeldes ganz entscheidend sind – sei es ein Lehrer, eine Nachbarin, ein Schulsozialarbeiter oder ein ehrenamtlicher Pate. Dies verdeutlicht auch Aladin El-Mafaalani in seiner Publikation „Vom Arbeiterkind zum Akademiker. Über die Mühen des Aufstiegs durch Bildung“ (Konrad-Adenauer-Stiftung, 2014). Davon können wir auch für die Flüchtlings-

integration lernen: Patenschaften, Buddy-Programme und das persönliche An-die-Hand-nehmen durch die Ehrenamtlichen sind Gold wert.

2. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche (Dauer-)Aufgabe

Integration betrifft verschiedene Lebens- und damit Politikbereiche, die grob in vier Dimensionen aufgeteilt werden können: strukturelle Integration (Bildung, Arbeitsmarkt), soziale Integration (Freundschaften, Kontakte), kulturelle Integration (Sprache, Wissen über das Zielland, Verhalten) und identifikative Integration. Sie bedingen einander und sind nicht vollständig durch den Staat „gestaltbar“. Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Orientierungskurse zum Beispiel wurden mit dem Integrationsgesetz von 60 auf 100 Stunden ausgebaut. Das ist gut und wichtig. Aber die Regeln des Zusammenlebens zu vermitteln, ist nicht nur eine Aufgabe für Kursleiterinnen und Kursleiter. Sie werden im direkten Kontakt erlebt und erfahren während gemeinsamer Aktivitäten und Gespräche zwischen Neuankömmlingen und Einheimischen. Vereine und Ehrenamtliche aus allen gesellschaftlichen Bereichen, die auf Flüchtlinge zugehen, tragen damit unschätzbar viel zur Integration bei.

3. Vielfalt auf gemeinsamer Grundlage

Migration verändert sowohl die aufnehmende Gesellschaft als auch die Zuwanderer. Die kulturelle und religiöse Vielfalt nimmt zu und wird zur Normalität. Gleichzeitig muss ein gemeinsames gesellschaftliches und rechtliches Grundverständnis die Grenzen der Vielfalt definieren. Eine „Einwanderungsgesellschaft“ zu sein, heißt, Zuwanderung aktiv und im nationalen Interesse auszugestalten. Es bedeutet auch, dass Zuwanderer in das nationale „Wir“ aufgenommen sind. Ganz praktisch bedeutet es, dass Integration von Zuwanderern durch konkrete Maßnahmen gefördert und gefordert wird wie zum Beispiel durch spezielle Beratungsstellen für Neuzuwanderer, berufsbezogene Sprachkurse, Nachqualifizierungsangebote, Orientierungskurse zu Geschichte, Politik und Werten, Willkommensklassen für Kinder, Patenschaftsprogramme und – auf der anderen Seite – die interkulturelle Öffnung von Institutionen. All das gibt es in Deutschland, wenn auch stetig Anpassungen und Verbesserungen vorzunehmen sind.

4. Integrationsleistungen der Neuen

Auch Zuwanderer müssen selbstverständlich gewisse Anpassungsleistungen erbringen – an erster Stelle das Erlernen der Sprache, die Anpassung an gewisse Umgangsformen und das geltende Rechtssystem. Seit der Gastarbeiterzuwanderung hat sich viel verändert. In den letzten zehn Jahren wurde ein integrationspolitischer Paradigmenwechsel vollzogen (dazu siehe insbesondere Maria Böhmer: Von der nachholenden zur vorbereitenden Integration – die Integrationspolitik der Bundesregierung. In: Borchard, Michael / Senge, Katharina: Neue Impulse für die Integrationspolitik. Konrad-Adenauer-Stiftung 2013).

Wer nach Deutschland zuwandert, muss unter bestimmten Bedingungen einen Integrationskurs absolvieren, der vor allem Kenntnisse der deutschen Sprache, aber auch Wissen über Geschichte, Politik und Alltag in Deutschland vermittelt. Auch Personen, die schon lange in Deutschland leben aber schlecht Deutsch sprechen, können zum Besuch des Integrationskurses verpflichtet werden. Die Anforderungen für den Zuzug, für die dauerhafte Niederlassungserlaubnis und die Einbürgerung wurden in den letzten zehn Jahren angehoben. Sie werden von individuellen Integrationsleistungen abhängig gemacht wie Sprachkenntnissen, Straffreiheit, politischer Bildung (zum Beispiel durch den Einbürgerungstest) und Arbeitsmarktintegration. Dies ist eine Tendenz, mit der Deutschland nicht alleine dasteht. Die Erwartung von Eigenschaften und Fertigkeiten, die eine eigenverantwortliche wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Teilhabe der Zuwanderer ermöglichen, prägt die Integrationspolitik auch anderer Nationen seit den 2000er Jahren.

RESSOURCEN REICHHALTIG, ABER NICHT UNBEGRENZT

Deutschland verfügt über zahlreiche Ressourcen zur Bewältigung der Flüchtlingsintegration. Zum einen spielt uns die gute wirtschaftliche Lage in die Hände. Zum anderen haben wir aus den Erfahrungen mit Flucht, Arbeitsmigration und Integration in der Vergangenheit etwas gelernt und in den letzten zehn Jahren ein pragmatisches System des Förderns und Forderns für reguläre Zuwanderer insbesondere aus Drittstaaten entwickelt. Mit dem Integrationsgesetz werden diese Logik und die Instrumente nun auch auf Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie anerkannte Flüchtlinge angewendet. Der Integrationskurs wie auch andere Instrumente im Baukasten der Integrationspolitik wurden geöffnet und können auch verpflichtend angewendet werden. Sozialleistungen und die dauerhafte Niederlassungserlaubnis werden nun auch bei Flüchtlingen an Integrationsbemühungen gebunden. Die Wohnsitzauflage verhindert die Ansiedlung der Flüchtlinge in Regionen mit sowieso schon hoher Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig werden Instrumente der Ausbildungs- und Arbeitsmarktförderung für Flüchtlinge geöffnet, rechtliche Schranken beim Zugang zum Arbeitsmarkt abgebaut, Sprachlern- und Orientierungsangebote ausgebaut.

Jedoch bedeutet Integration natürlich nicht die Lösung des Flüchtlingsproblems. Dazu bedarf es über Deutschlands Grenzen hinweg einer gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik, die humane Schutzkonzepte mit einer fairen Lastenverteilung verbindet, weiterer Bemühungen um die Stabilisierung von Konfliktregionen, der verbesserten Versorgung von Flüchtlingen in Drittstaaten wie Jordanien, Irak und Libanon sowie weit-sichtiger Migrationskonzepte und Kooperationen mit den Nachbarn Europas.

Bemerkung: Der Text gibt die persönliche Meinung der Autorin wieder.

Chancen für eine erfolgreiche Integration in vertrauten, leicht erfassbaren Strukturen

Mike Mohring, MdL und Vorsitzender der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag



Mike Mohring MdL

Seit Sommer 2015 bis in das Frühjahr 2016 hinein kannte die Politik in Deutschland praktisch nur noch ein Thema: die Flüchtlingskrise. Diese Monate waren für die meisten Bürgerinnen und Bürger mit einem Wechselbad der Gefühle verbunden. Menschen in Not berühren die Herzen. Wir erlebten eine enorme Welle der Hilfsbereitschaft, die Dank und Anerkennung verdient. Auf der anderen Seite fragten immer mehr Bürger: Was bedeutet dies alles für unser Land, für die sozialen Sicherungssysteme, für das Zusammenleben, für die Identität Deutschlands? „Unser Herz ist weit. Aber unsere Möglichkeiten

sind endlich“, brachte Bundespräsident Joachim Gauck diese Gefühlslage im Herbst 2015 auf den Punkt.

Inzwischen ist auf allen Seiten etwas mehr Nüchternheit eingeleitet. Zum einen, weil es in einem nicht ganz bruchlosen politischen Lernprozess gelungen ist, den Zuzug spürbar zu reduzieren. Es ist ein weitgehender, in mehreren Gesetzgebungsverfahren erarbeiteter Konsens, dass die Anreizwirkung im deutschen Asyl- und Sozialleistungsrecht und in den Asylverfahren abgebaut werden müssen. Denn nur so wird es möglich, auf eine gleichmäßige Verteilung von Geflüchteten in Europa hinzuwirken. Und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) bemühen sich endlich gemeinsam darum, unkontrollierte Migrationswellen wie im vergangenen Jahr gar nicht erst wieder entstehen zu lassen.

GEWALTIGE HERAUSFORDERUNG, DIE KEIN SELBSTLAUF IST

Auf der Einstellungsebene spricht sich wenigstens bei der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die Einsicht herum, dass die Herausforderungen weder mit der „multikulturellen Spätromantik der Grünen“ noch mit der „nationalkonservativen Spätromantik der AfD“ angemessen bewältigt werden können, wie Jasper von Altenbockum am 19. April 2016 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zutreffend schrieb. Nüchterner und weniger metaphorisch sehen wir: Ja, wir stehen vor einer gewaltigen Herausforderung, viele Menschen zu integrieren, die überwiegend erst nach jahrelangen Investitionen in Bildung und Ausbildung in den Arbeitsmarkt integriert werden können, die sich sehr mühen müssen, auch kulturell in Deutschland anzukommen und, um die wir uns deshalb auch kümmern müssen. Das wird sich nicht im Selbstlauf erledigen lassen. Staat und Gesellschaft sind gefordert. Und ja, wir haben ein Sicherheitsproblem, weil unter Hunderttausenden Notleidenden eine Handvoll verblendeter Islamisten reicht, um unermesslichen Schaden anzurichten. Doch Teil der Gegenstrategie ist auch in diesem Fall, das Umfeld trocken zu legen, die Rekrutierungsbasis zu verkleinern. Und auch da landen wir wieder beim Thema „Integration“. Diese Herausforderung hat viele Seiten. Bundesregierung und Bundestag sind dabei, sie Stück für Stück anzugehen. Die erste Aufgabe ist die Unterscheidung zwischen Schutzbedürftigen und Migrantinnen und Migranten, die unter keinem völker- oder staatsrechtlichen Grund Flüchtlingsschutz geltend machen können. Sie müssen in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. So können wir die

Mittel auf die immer noch große Zahl derer konzentrieren, die über längere Zeit oder gar auf Dauer in Deutschland bleiben werden, wenn sie sich hier gut integriert haben und eine Rückkehr nicht mehr zumutbar oder nicht mehr gewollt ist.

LASTEN INNERHALB DEUTSCHLANDS GLEICHMÄSSIG VERTEILEN

Jetzt richtet sich der Blick auf die bessere Integration der Menschen, die einen anerkannten Flüchtlingsstatus haben. In den aktuellen Debatten geht es zunächst darum, die Lasten innerhalb Deutschlands gleichmäßig zu verteilen, etwa durch Wohnsitzauflagen. Und es geht darum, die Prinzipien des Förderns und Forderns in ein gedeihliches, den Integrationsprozess vorantreibendes Gleichgewicht zu bringen. Das Signal heißt: Deutschland bietet etwas, aber verlangt auch etwas. Dazu gehört das Erlernen der Sprache, die nicht nur formale Anerkennung der gelebten Normen des Grundgesetzes, die Bereitschaft, sie sich wirklich anzueignen. Die aktive Bereitschaft, auch wirtschaftlich möglichst zügig auf die eigenen Beine zu kommen. Dies alles kann der Staat bis zu einem gewissen Punkt vorantreiben, die entsprechenden Ressourcen bereitstellen und durch Sanktionen bis zu einem gewissen Grade auch erzwingen.

All dies wird jedoch nicht reichen, wenn die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes nicht einen aktiven Part spielen. Gesellschaft ist nichts Abstraktes, sondern die ganze Fülle der sozialen Beziehungen, Institutionen, Vereine, Gepflogenheiten, Traditionen, kirchlichen Bindungen und vieles andere mehr. Wie Richard Schröder einmal bemerkte, ist Deutschland „nichts Besonderes, aber etwas Bestimmtes“. Und dieses Bestimmte ist gar nicht so leicht zu fassen, zerfällt es doch in viele regionale Farben. Deutschland ist in einem Ballungsraum wie Frankfurt/Main ein ganz anderes Land als etwa in den ländlichen Weiten der norddeutschen Tiefebene. Es hat in den aus der früheren DDR hervorgegangenen Ländern ein anderes kollektives Gedächtnis als zum Beispiel in Baden-Württemberg.

Es ist selbst innerhalb einer Nation nicht immer leicht, diese Unterschiede zu lesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg etwa hat Thüringen über 600.000 Menschen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches, dem Sudetenland und den alten Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa aufgenommen – was damals mehr als ein Fünftel der Thüringer Bevölkerung ausmachte. Es hat oft eine ganze Generation gedauert, bis diese Flüchtlinge

wirklich angekommen und akzeptiert waren. Es verlangt immer Anstrengungen von beiden Seiten, die erforderlichen Brücken zu bauen.

ANKOMMEN – WAS HEISST DAS EIGENTLICH?

Doch was heißt in diesem Zusammenhang eigentlich „ankommen“? Wann ist ein Mensch sozial integriert? Von Johann Gottfried Herder (1744-1803), einem der großen Weimarer Vier, stammt der schöne Aphorismus: „Heimat ist da, wo man sich nicht erklären muss.“ Das ist ein durchaus tauglicher Maßstab für eine gelungene Integration in einem räumlich umgrenzten Bereich von eigener kultureller Prägung. Man kennt die Regeln; man kann sich darauf verlassen, dass sich im Großen und Ganzen alle daran halten. Man durchschaut das Geflecht der sozialen Beziehungen und weiß um die Möglichkeiten und Grenzen dieser Heimat. Die angestammte Bevölkerung wächst in diese Beziehungen hinein. Jeder der von außen hinzukommt, durchläuft einen Prozess der Aneignung, der Verortung, manchmal auch der Entfremdung. Ganz unabhängig von der Flüchtlingsfrage ist spannend zu beobachten, dass die Hinzugekommenen ihrer Wahlheimat oft große Dienste leisten, weil sie sich mit der neuen Umgebung auseinandersetzen mussten und die Identifikation viel bewusster sein kann.

Was Herders Maßstab nicht verlangt, ist, dass die „Neuen“ werden wie die angestammte Bevölkerung, also praktisch einen kompletten oder weitgehenden Identitätswandel oder eine Assimilation vollziehen. Assimilation kann ein Ergebnis der Integration sein, muss es aber nicht. In einem gelingenden Prozess wird „das Fremde“ sich selbst verändern, und das, was an ihm „fremd“ bleibt, ist irgendwann für jede und jeden oder zumindest für die meisten „lesbar“ geworden. Es ist in den eigenen Erfahrungsschatz und in das gewandelte Bild der Heimat eingewebt.

Heimat und Beheimatung gelingen besonders gut in überschaubaren und vertrauten, leicht erfassbaren Strukturen. Denn konkret wird es tatsächlich vor Ort, in den Dörfern, Städten und Stadtquartieren. Ein kluges kommunales Management wird dafür sorgen, dass sich die neuen Einwohnerinnen und Einwohnern nicht in wenigen Orten oder Straßenzügen konzentrieren. Denn wirklich schwierig wird es, wenn die Fremden plötzlich lokal zur Mehrheit werden. Nur überschaubare Fallzahlen ermöglichen es Vereinen, Kirchen und Verwaltungen wirklich sinnvolle Integrationsangebote zu schaffen. Es ist wichtiger denn je, diese Strukturen zu stärken und zu unterstützen. Jeder Euro, der in ehrenamtliche Strukturen

investiert wird, ist gut angelegtes Geld. Und die Landesregierung beginge einen großen Fehler, stattete sie die Kommunen nicht mit den erforderlichen Mitteln aus.

Mit einer dezentralen Unterbringung und einem leistungsfähigen lokalen Gemeinwesen wird es auch leichter, Fremde nicht als bedrohliche Masse, sondern einzelne „Menschen wie du und ich“ wahrzunehmen. Denn auch das lernen wir von Herder: Zunächst gibt es erstmal ganz viel zu erklären und zu reden! Dazu muss vor allem in die Sprache investiert werden. Schulen und Berufsschulen müssen sich darauf vorbereiten, den Ankommenden in Vorschaltklassen oder besonderen Sprachklassen Deutsch beizubringen. Anders haben gerade junge Flüchtlinge keine Chance, mit ihren oft gebrochenen Bildungsbiographien die Möglichkeiten des Bildungssystems zu nutzen. Und auf der anderen Seite führt es zu Frustrationen, wenn jemand stört, weil er schlicht dem Unterricht nicht folgen kann.

MUSLIME NICHT VOR DEN KOPF STOSSEN

Beim Thema „Islam“ sollte man sich in Thüringen zunächst die Dimensionen verdeutlichen, um keine Scheindebatten zu führen. In Thüringen gehörten Ende 2013 rund 680 000 Bürgerinnen und Bürger einer der großen christlichen Kirchen an. Rechnet man die Freikirchen hinzu, dürfte das knapp ein Drittel der Bevölkerung sein. Die Zahl der praktizierenden Muslime bewegt sich hingegen allenfalls im niedrigen fünfstelligen Bereich. Es wäre falsch, diese Menschen vor den Kopf zu stoßen und sie als – wie die AfD es tut – geradezu als demokratieunfähig zu stigmatisieren. Die Landesregierung sollte rechtzeitig über einen islamischen Religionsunterricht nachdenken, weil schon die Diskussion über Lehrpläne zu den Möglichkeiten eines nicht-politischen und damit grundgesetzkonformen Islam beiträgt. Der Unterricht selbst kann das Risiko mindern, dass junge Menschen zur Beute fundamentalistischer Prediger werden.

LIEBE ZUR HEIMAT NICHT IRONISIEREN

Integration gelingt besser, wenn wir uns unserer eigenen Kultur bewusst sind und sie selbstbewusst vertreten. Die eine Seite betrifft uns selbst: Wer sich seiner selbst bewusst und selbstbewusst ist, der ist auch offener für Fremde und Fremdes, weil er meist weniger Angst um die eigene Identität hat. Wer sich selbst nicht annimmt, kann auch andere nicht mit offenen Armen empfangen. Es sollte einen nachdenklich stimmen, wenn

ausgerechnet Pegida-Demonstrantinnen und Demonstranten, die das „Abendland“, einen christlich geprägten Begriff, für sich in Anspruch nehmen, dabei aber keine Weihnachtslieder mehr singen können. Menschen, die ihre Herkunftskultur in Ehren halten und zuweilen durch etwas archaisch anmutende Ehrbegriffe geprägt sind, werden sich kaum einer Kultur annähern, die sie als schwach erleben.

Dabei geht es nicht um hohles Pathos, sondern einen unverkrampften Umgang mit dem, was unsere Heimat, was Thüringen und Deutschland ausmacht. Heimatliebe und Patriotismus sind nichts, was man verächtlich machen oder im „Säurebad der Ironie“ auflösen sollte. Das verstehen Menschen am allerwenigsten, die Leib und Leben riskiert haben, um genau hier anzukommen.

Best Practice: Schulprojekttag „Flucht in die Festung Europa“

Heinrich Quaden, Oberst a. D.

Immer mehr Menschen sind durch Kriege, bewaffnete Konflikte, politische Verfolgung oder Naturkatastrophen dazu gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, um sich und ihre Angehörigen in Sicherheit zu bringen. Aktuell befinden sich weltweit 65 Millionen Menschen auf der Flucht, die Hälfte davon sind Minderjährige. Das reiche Europa liegt in unmittelbarer Nähe der Krisenregionen des Nahen und Mittleren Osten und Nordafrikas. Hier hofft man Sicherheit und Schutz zu finden. Für die meisten Flüchtlinge ist in Europa vor allem Deutschland ein sicherer Hafen. Der Weg nach Europa ist sowohl auf dem Landweg wie vor allem auf dem Seeweg äußerst gefährlich. Schleuserbanden nutzen die Not der Flüchtlinge und operieren in kriminellen Netzwerken in allen Anrainerstaaten des Mittelmeeres. Das Elend der Flüchtlinge in den Durchgangslagern und der Tod tausender Menschen, die die Überfahrten über das Mittelmeer nicht überleben, sind erschütternd und machen nicht nur betroffen, sondern zwingen zu Antworten über unsere Verantwortung, die eine politische und auch moralische Dimension hat.

Da die aktuelle Flüchtlingswelle in fast allen Städten und Gemeinden Deutschlands ganz konkret erfahren und in ihren Begleitumständen sehr oft kontrovers und auch aggressiv diskutiert wird, sind alle Gesellschaftsschichten betroffen. Gerade Jugendliche mit ihrer natürlichen Hilfsbereitschaft

aber auch ihren kritischen Nachfragen sind eine besonders wichtige Zielpersonengruppe für ausgewogene und sachliche Informationen zu diesem Thema.



Umfrage/Kartenaktion im Rahmen von Schul- und Abendveranstaltungen „Integration heißt für mich....“ und „Demokratie braucht....“

WORKSHOPS AN VERSCHIEDENEN SCHULEN IN THÜRINGEN

In diesem Sinne veranstaltete das Politische Bildungsforum Thüringen der Konrad-Adenauer-Stiftung im Rahmen des Projektes „Heimat bilden in Thüringen“ Workshops und Seminare mit dem Titel „Flucht in die Festung Europa“ mit jungen Erwachsenen an verschiedenen Schulstandorten in ganz Thüringen. Prof. Ortwin Buchbender und ich führten diese Workshops sowohl an Regelschulen als auch an Gymnasien durch. Wir sprachen mit den jungen Erwachsenen über die aktuelle Problematik der Flüchtlingskrise. Unser Ziel war Betroffenheit zu schaffen, Fakten zu vermitteln, Zusammenhänge zu erklären, Verständnis zu wecken und Vorurteile abzubauen. In der Regel konnten wir auf ein von den Schulen vermitteltes Grundwissen aufbauen. Die Methoden wechselten zwischen Kurzinformationen, Medieneinsatz, Gruppenarbeit und Rollenspiel.

Bei der Sachstandsdarstellung standen zunächst die rechtlichen Grundlagen für die Aufnahme von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Deutschland im Vordergrund:

- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (UN – 1948)
- Europäische Menschenrechtskonvention (Europarat – 1950)
- Genfer Flüchtlingskonvention und Zusatzabkommen (UN – 1951 und 1966)
- Grundgesetz (BRD – 1949)
- Asylverfahrensgesetz, Bundesvertriebenengesetz
- Dubliner Übereinkommen (1997) mit den Direktiven

Im Rahmen dieser Workshops wurde besonders deutlich, dass den meisten Zuhörerinnen und Zuhörern nicht bewusst war, dass nicht jeder Flüchtling auch asylberechtigt ist. Die Definition für Asylberechtigte, welche sich auf Artikel 16a (1) des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bezieht, umfasst folgende vier Worte: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“. Demzufolge sind Flüchtlinge asylberechtigt, wenn ihnen im Herkunftsland von staatlicher Seite schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen wegen Nationalität, Rasse, politischen Überzeugungen oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe drohen. Wir erklärten den Schülerinnen und Schülern weiterhin, dass Asylberechtigte folgende Rechte haben:

- Sie genießen Flüchtlingsschutz auf drei Jahre befristet.
- Danach ist der Aufenthalt unbefristet möglich.
- Der Familiennachzug ist erleichtert.
- Der Arbeitsmarktzugang ist ab dem 3. Monat gegeben.
- Anspruch auf die gleichen Sozialleistungen wie deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger.

Von besonderer Bedeutung war auf die Würde des Menschen hinzuweisen. Auf die Frage, was denn die Würde des Menschen sei, antworteten viele: „das Recht auf Leben“. Für unsere Gesellschaft ist die Verpflichtung zur Achtung der Menschenwürde zur obersten Rechtsnorm des Grundgesetzes geworden: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ (Art. 1 Abs. 1 GG). Die Menschenwürde als Moralprinzip geht in moralischer Hinsicht von der Gleichheit aller Menschen ohne Berücksichtigung von Leistung, Amt und Ansehen aus. Aber auch in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen ist die Menschenwürde Bezugspunkt der Menschenrechtsbegründung: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ So lautet Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Erstmals wurden am 10. Dezember 1948 für alle Menschen gültige Rechte festgeschrieben.

GRUNDLAGENWISSEN IN DEN FAMILIEN WEITERGEBEN

Es ist von immenser Bedeutung, dass die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer verstehen lernen mit den Begriffen wie „Flüchtling“, „Asylbewerber“ und „Menschenwürde“ umzugehen. Ein junger Gymnasiast sagte im Anschluss an die Veranstaltung, dass er nun endlich den Unterschied kenne zwischen den verschiedenen Gruppen, welche in Deutschland ankommen und dass er dieses Wissen an seine Familie weitergeben möchte, damit auch sie eine sachlich und informierte Debatte in diesem Thema führen können. Auf der anderen Seite gab es Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die kein Verständnis für die aktuelle Lage von Flüchtlingen hatten und wir versuchten verstärkt auch sie in die Diskussion mit einzubringen. Fragen wie „Warum gehen die Menschen nicht einfach wieder nach Hause?“ nahmen wir bewusst auf und gaben allen die Möglichkeit, Antworten auf diese Fragen gemeinsam zu erarbeiten. Einen wichtigen Punkt machte daher auch die Erörterung der Fluchtursachen aus, denn bewaffnete Konflikte und Bürgerkriege im Nahen und Mittleren Osten und in großen Teilen Afrikas haben zu den größten Flüchtlingsbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg geführt. Eben diese Konflikte versuchten wir den jungen Erwachsenen informativ und doch altersgerecht zu vermitteln: Ursachen sowohl für die Konfliktsituationen selbst zu erkennen als auch diese wiederum als Ursache für die erhöhten Flüchtlingszahlen zu benennen.

Im Anschluss daran diskutierten wir gemeinsam, welche Handlungsmöglichkeiten es für uns alle in Deutschland aber auch für unsere Politik auf deutscher und europäischer Ebene gibt. Vier Bereiche sind dabei besonders häufig besprochen worden:

- die Prävention von Konflikten
- die Hilfe für Flüchtlinge
- die Unterstützung von Rückkehr und Reintegration von Flüchtlingen
- die Entlastung durch Resettlement-Programme

Zur Prävention von Flüchtlingskrisen dienen letztlich alle EU-Programme, die auf eine Stärkung der rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Partnerländern zielen. Rechtssicherheit und wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere Beschäftigungsförderung, können zur Konfliktprävention beitragen und zivilgesellschaftliche Strukturen stärken. Die Unterstützung in akuten Flüchtlingskrisen ist der politisch am wenigsten

umstrittene Hilfebereich. Die Umsetzung ist allerdings oft schwer in Bürgerkriegssituationen. Die EU-Staaten verfügen über vergleichsweise große Etats, mit denen über internationale Hilfsorganisationen die Grundversorgung der Flüchtlinge mit Wasser, Lebensmitteln, Unterkünften und Gesundheitsleistungen organisiert werden kann. Ein weiterer wichtiger Bereich ist die Rückkehr und Reintegration von Flüchtlingen. Es ist eine Grundlage des internationalen Flüchtlingsschutzes, dass Flüchtlinge in ihre Heimatländer zurückkehren sollen, wenn ihnen dort keine Gefahr mehr droht. Resettlement-Programme zielen darauf ab, Flüchtlinge aus akuten Krisen- und Kriegsgebieten wie zum Beispiel aus Syrien, Eritrea oder dem Süd-Sudan dauerhaft und ohne bürokratisches Asylverfahren in sichere Staaten zu vermitteln. Der UNHCR sucht gegenwärtig für 94.000 Flüchtlinge Resettlement-Plätze.

MIT FAKTENLOSEN VORURTEILEN AUFRÄUMEN



Heinrich Quaden, Oberst a.D. ehem. Bundesministerium der Verteidigung

In den abschließenden Diskussionen forderten wir die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf ihre Meinung mitzuteilen, um diese dann zu besprechen und mit Fakten zu untermauern. Häufig wurden dabei Vorurteile wie beispielsweise „Asylbewerber nehmen arbeitslosen Deutschen den Job weg“ oder „Asylbewerber bekommen in Deutschland zu viel Geld“ und „mit den Flüchtlingen wächst die Kriminalität“ genannt. In den Diskussio-

nen versuchten wir ihnen Fakten und Zahlen zu liefern, damit sie verstehen können, weshalb ihre Meinung zwar dem teils aktuellen Verständnis der deutschen Bevölkerung ähnelt, jedoch nicht auf politischen, rechtlichen oder anderweitig sachlichen Fakten beruht. Hierbei ging es nicht darum, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Meinung aufzuzwingen, sondern um den entwaffnenden Umgang mit Vorurteilen. Darüber hinaus galt es dem pädagogischen Ansatz einer jeden Schule zu verfolgen und jungen Erwachsenen die Möglichkeit zu bieten sich zu bilden, zu informieren und aktiv am Politikgeschehen teilzunehmen. Dies geht jedoch nur, wenn ein Mindestmaß an Informiertheit gegeben ist.

Abschließend bleiben die positiven Erfahrungen festzuhalten. Die durchweg vorhandene Betroffenheit äußerte sich in einer regen Teilnahme und sehr kritischen Fragen und auch einem gewissen Unverständnis, warum sich die bevölkerungsreiche Europäische Union mit etwa einer Millionen Flüchtlingen so schwer tut. Sehr schnell konnten radikale Äußerungen in der Gruppenarbeit aufgefangen werden. Das Verständnis für die Komplexität des Problems, bei dem fast alles mit allem zusammenhängt, war am Ende des Workshops durchweg vorhanden, und die Skepsis und Vorsicht vor einfachen Antworten war geweckt. Bemerkenswert war die durchweg vorhandene Bereitschaft, sich selbst einzubringen in aktiver Hilfe aber auch bei Weitergabe der erfahrenen Sachverhalte und Zusammenhänge.



Prof. Dr. Ortwin Buchbender im Gespräch mit jungen Erwachsenen in Bad Salzungen

Die Initiative der Konrad-Adenauer-Stiftung, mit dieser Art von Workshops in Schulen ein hochaktuelles gesellschaftspolitisches Problem zu thematisieren, ist sehr zu begrüßen. Die methodisch-didaktische Umsetzung musste variabel gestaltet werden. Entscheidend war hier auch die Bereitschaft der Schule, das Thema vorher im Unterricht zu behandeln, so dass bereits gewisse Grundlagen gelegt wurden und die Diskussion breiteren Raum einnehmen konnte. Es bleibt weiterhin von großer Bedeutung, dass jungen Erwachsenen eine Möglichkeit geboten wird, ihre Meinungen zu äußern, sich zu informieren und auszutauschen. Vielen war zuvor nicht bewusst, dass nicht alle „Flüchtlinge“ auch automatisch „Asylbewerber“ sind und dass nicht alle gleichermaßen das Recht auf Asyl in Deutschland haben, wohl aber das Recht „menschenwürdig“ behandelt zu werden.

Die Flüchtlingsfrage und das deutsche Selbstgespräch – ein Versuch der ethischen Sortierung

Dr. Johannes Christian Koecke, Koordinator für Grundsatzfragen im Politischen Bildungsforum NRW/Büro Bundesstadt Bonn der Konrad-Adenauer-Stiftung



Dr. Johannes Christian Koecke

Vorbemerkung

Als das Impulsstatement, auf dem dieser Text beruht, bei der Auftakttagung „Migration und Flüchtlingspolitik“ in Erfurt gehalten wurde, war es erst wenige Wochen her, dass aus einem (erst später so formulierten) „humanitären Imperativ“ heraus Tausende von meist syrischen Flüchtlingen in Deutschland aufgenommen worden waren. Noch standen dem Referenten und dem Auditorium die Bilder des Willkommens vor

Augen, ein kollektiver Glücks- und Anstrengungszustand, die Kritik daran war fast noch zaghaft (nicht im Saal, aber in der Öffentlichkeit).

Jetzt sind wir viele Monate, etliche durchwachte „Flüchtlingsgipfel“, viele Hunderttausend Einwandererinnen und Einwanderer, eine beispiellose mediale Begleitung (und Beeinflussung) und mehrere bemerkenswerte Landtagswahlen weiter. Aktualitätsgebundene Bemerkungen und Reflexionen, zum Beispiel um das damals noch häufig zu hörende Wort „Willkommenskultur“, sind von der Entwicklung unterhöhlt worden. Wir stehen zudem vor einem radikalen Paradigmenwechsel: Das historische Arrangement zwischen der EU und der Türkei sieht vor, dass wir nicht mehr *die* willkommen heißen, die aus Not und ohne Einladung zu uns *kommen*, sondern die, die wir uns selber aussuchen und zu uns *holen*.

Ein nachholender Text zum Vortrag kann daher nur das Noch-immer-Gültige und Noch-immer-Diskutierte zum Gegenstand machen und davon sollen hier nur die Fragen um Moral und „Moralismus“, um „Gutmenschen“ und ihr böses Gegenteil, also der misslingende moralische Diskurs um Deutschland in Zeiten der Massenmigration, herausgegriffen werden.

„HUMANITÄRER IMPERATIV“ – KEIN WIDERSPRUCH, KEINE EINWÄNDE

Vom Stoiker Epiktet wird das erhellende Apercu überliefert, dass „nicht die Dinge die Menschen verwirren, sondern die Meinungen und die Urteile über die Dinge“. Damit kann vieles gemeint sein, Epiktet hat darin sicher auch theologische Fragen eingeschlossen; das hier Interessierende sind aber die moralischen Fragen, also das moralische Urteil über ein Geschehen. Die sogenannte „Flüchtlingskrise“ (das Wort ist weniger anstößig, wenn man „Krise“ im griechischen Sinne als „Wendepunkt“ versteht) wird von einem beispiellosen moralischen Grundton begleitet, der die politische Sicht auf die Dinge bestimmt und Entscheidungen entweder befeuert oder behindert, auf jeden Fall entscheidend prägt. Wenn sich alle im moralischen Urteil einig wären (aber der Fall tritt nur „im Himmel“ ein) gäbe es darüber auch nichts mehr zu rasonnieren. Aber unsere konsensuell gestimmte Öffentlichkeit hat ein moralischer Furor und – das ist neu – Gegenfuror ergriffen, der nüchternes Handeln erschwert.

Auf der einen Seite steht der „humanitäre Imperativ“, der in der Wahl schon sehr dem kategorischen Imperativ Kants ähnelt und als

Imperativ keinen Widerspruch und Einwände duldet und dem sich alles Handeln aus moralischen Gründen daher unterzuordnen hat. Für diesen moralischen Zwang gibt es natürlich gute Gründe: Der Fluchtbewegung liegt ein für uns sicher und gut Situierte unermessliches Leid zugrunde. Selbst wenn man berücksichtigt, dass die meisten der hier ankommenden Flüchtlinge nicht direkt aus Syrien stammen, sondern meist aus Lagern in der Türkei, so sind die erbarmungswürdigen Zustände dort (für die die westlichen Staaten in der Vergangenheit mitverantwortlich waren) immer noch leidvoll genug, um humanitäres Handeln notwendig zu machen.

Und doch überrascht die Wucht, mit der unsere Gesellschaft der moralische Impetus ergriffen hat, die Ausschließlichkeit, mit der gegen Skeptikerinnen und Skeptiker argumentiert wird und das nicht nur in den Talkshows und auf den Podien dieser Republik, sondern auch im Freundes- und Bekanntenkreis. Über die Gründe dafür kann natürlich nur spekuliert werden. Es gibt darüber so viele Erklärungen wie Erklärende. Ist es eine veränderte politische Kultur, die hier sich Bahn bricht? Sind wir Deutsche im „Westen“ endlich „angekommen“? Oder ist es der Umstand, dass die Regierung selbst an der Spitze der Bewegung steht? Dass also zur moralisch richtigen Sache noch das Charisma der Macht, vor allem das der Kanzlerin, kommt? Ist es also das „Wir“ (Regierung und Volk) und das „Schaffen“, das zusammenkommt und die deutsche Gesellschaft beseelt? Ist es so etwas wie eine nationale, wenn auch universellenmenschenrechtliche, also eine für Deutschland ganz andere Art der Bewegung? Dazu würde passen, dass auffallend häufig auf das vergangene, das ganz andere und menschenverachtende Deutschland der NS-Zeit als Gegenbild rekurriert wird. Immer wieder ist zu lesen und zu hören, dass Deutschland „die Lehren aus der Vergangenheit gezogen habe“ und jetzt Schutz- und Heimstatt für Entrechtete und Verfolgte darstelle. In der Tat setzt dieses Motiv enorme gesellschaftliche Kräfte frei, in den großen politischen Beseelungen der jüngeren Vergangenheit – zum Beispiel der Friedensbewegung – war es immer mit im Spiel.

Im Gegensatz zu allen gesellschaftlichen Bewegungen der Vergangenheit ist die Rolle der Medien heute noch beherrschender geworden. Niemand kann sich den medial vermittelten Bildern der Lager und des Flüchtlingstrecks entziehen, niemand am Leid der Kinder vorbeisehen – moralische Indifferenz und „Realpolitik“ ist immer auch ein Wegsehen-Können oder Wegsehen-Wollen. Das war früher leichter als heute. Es kommt

hinzu, dass die große Mehrheit der Medien sich ganz auf die Seite der „Willkommenskultur“ gestellt und so zur gesellschaftlichen Mobilisierung beigetragen hat.

ANSICHTEN DER SKEPTIKER ZULASSEN

Was aber hat die andere Seite, was haben die Skeptiker und „Realisten“ vorzubringen, die abseits stehen und die der „große Schwung“ nicht ergriffen hat, eher, um mit Thomas Mann zu sprechen, die „große Gereiztheit“? Zunächst einmal muss man zwischen denen differenzieren, die vermittelbare Argumente vorbringen, also die FAZ-, Cicero-, WELT-Leitartikler, die Wissenschaftler von Rang und Schlage Graf von Kielmanseggs, Udo di Fabio, Rüdiger Safranskis, Heinrich August Winklers (und manche werden sich schon schwertun, Peter Sloterdijk dazuzurechnen), und denen, die aus dem Geiste des Ressentiments ihren Willen zur Macht verfolgen und die mehr „Verdreher“ (im Griechischen ist der *diábolos*, der „der alles Rechte verdreht“) als Erhellende sind. Nur die Argumente der ersteren sollen hier überhaupt in den Blick genommen werden.

Aus ethischer Sicht bemerkenswert, aber typisch für moralische Konflikte ist, dass diese Gegenseite den Vertretern der „Willkommenskultur“ ein „Zuviel“ an Moral, eine „Hypermoral“ oder „nur“ Moral vorwerfen. Sie fahren Bataillone von historischen Erfahrungen, skeptischen Einschätzungen der Menschennatur, Gefahren der inneren und äußeren Sicherheit, Analysen der problematischen Natur der türkischen Autokratie als entscheidender Partner in der Regulierung des Flüchtlingsstroms auf. Sie operieren mit dem Argument der Aufnahmefähigkeit einer Gesellschaft und den schlechten Erfahrungen der Nachbarstaaten mit größeren, kulturell homogenen Gruppen von Migrantinnen und Migranten, die sich ihr eigenes Abseitsmilieu schaffen und zugleich beklagen, nicht respektiert zu werden.

Bemerkenswert ist, dass gerade diese Gegenseite nicht selbst von „Moral“ spricht oder eine Moral in Anspruch nimmt. Im Gegenteil: Sie distanziert sich explizit davon, sie verhöhnt gar ihre Widersacher als „Moralapostel“ und „Moralisten“. Sie wähnt sich allein auf der Seite der „Realität“ und die andere Seite im Reich der Illusion und des schönen Traums von einer Welt, in der das Lamm beim Löwen liegt.

Wer so redet, hat in moralgeladenen Zeiten schon verloren, er wird genauso wenig erhört wie die braven Eltern, die ihren schwärmerischen Teenagern hinterherrufen, sie hätten den Schal vergessen. In solchen Zeiten stören die Advokaten der Realität nur, sie sind auf eine ganz neue und ganz andere Weise „vaterlandslose Gesellen“ (obwohl sie doch von der Integrität von Staatsvolk und Staatsgrenze sprechen mögen): Sie wollen offensichtlich nicht an einer nationalen Mission mitwirken. Solche Begriffsverwirrungen und Paradoxien treten dann ein, wenn die nationale Mission universalistisch ist und die Unterscheidung in Zugelassene und Nichtzugelassene tendenziell als ein Verstoß gegen die Menschenwürde gilt.

Weil sie gegen die Moral aufbegehren, wollen sie sich gegen jegliche Moral abgrenzen. Das ist nicht nur ungeschickt oder strategisch unklug, es ist auch ethisch zu kurz gedacht: Jedes Handlungsgebot ist moralisch, denn Moral ist nichts anderes als eine Anweisung, wie gehandelt werden soll. Jeder Konflikt darüber, wie gehandelt werden soll, ist also ein moralischer Konflikt, und Moral trifft dabei auf Moral.

DEMOKRATISCH-RECHTSSTAATLICHE VERMITTLUNG NOTWENDIG

Wie aber kann man den ethischen Gegensatz bestimmen, der hier auf großer Bühne aufgeführt wird? Man könnte ihn inhaltlich verorten. Vielleicht am prägnantesten hat dies Mark Siemons in dem Artikel „Hyper! Moral!“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.01.2016) zusammengefasst, indem er „Universalismus“ (also die Haltung, Freiheitsrechte, Schutz und soziale Sicherheit unter Vermittlung des Gedankens der Menschenwürde tendenziell allen, die danach verlangen, zuzugestehen) dem „Institutionalismus“ (also der Haltung, dass zuerst die Institutionen, der Staat, die öffentliche Ordnung, zu schützen sind, weil sie die Garanten jeglicher fürsorglicher Leistung darstellen) entgegensetzt. Die vermeintlichen Idealisten werfen den ebenso vermeintlichen Realisten vor, die kalte Pracht des Staates anzubeten und die Hilfesuchenden dieser Tage an der „Festung Europa“ zerschellen lassen zu wollen, die „Realisten“ sehen alle Errungenschaften der westlichen Zivilisation, damit auch die politische Basis, die westlichen Werte zu verwirklichen, mit einem fehlenden Staat untergehen. Aber ironischerweise können sich diese Bezeichnungen in den Diskursen auch umkehren. Dann bezeichnen sich die „Idealisten“ als die Realisten höherer Ordnung, weil sie zum Beispiel die Realität der

globalen Schicksalsgemeinschaft anzuerkennen bereit seien und die „Realisten“ werden zu nostalgischen Träumern eines längst vergangenen Europa. Umgekehrt reklamieren die „Realisten“ für sich, die europäischen Werte und Ideale noch zu wahren (das ist zum Beispiel die Haltung Alain Finkielkrauts) und beschuldigen die „Idealisten“, sich längst mit der schlechten Realität abgefunden zu haben.

Es ist offensichtlich, dass hier künstliche Gräben ausgehoben werden und dass Politik, insbesondere demokratisch-rechtsstaatliche Politik, immer eine Vermittlung beider Positionen ist und sich nur die Gewichtung unterscheidet.

Eine zweite, berühmt gewordene Unterscheidung ist die Max Webers in „Gesinnungsethik“ und „Verantwortungsethik“. In unserem Falle berufen sich ja beide Seiten auf ihre Verantwortung, die einen auf die Verantwortung für den benachteiligten Teil der sich formierenden Weltgesellschaft, die anderen auf die für ihr eigenes Staatsvolk. Und es lassen sich ja auch gute Argumente dafür finden, dass eine europäische Aufnahmelösung auch für den Kontinent auf längere Sicht besser ist als eine konfliktive Festungslösung und dass ein Beharren auf der „Obergrenze“ reine „Gesinnung“ sei.

Eine weitere Einteilung hat sicher nicht zur Entwirrung des Knotens beigetragen, nämlich die in „christlich“ und „unchristlich“. Es hat den Diskurs benebelt, dass in einer für die jüngere Geschichte der Bundesrepublik beispiellosen Form die Entscheidung einer Bundesregierung als „christlich“ eingestuft und von den Kirchen ausnahmslos und teilweise enthusiastisch befürwortet wurde. Wer noch die Sitzblockaden von Pastoren vor Atomkraftwerken und Lagerstätten vor Augen hat oder die Haltung der Kirchen gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierungen Kohl, der reibt sich die Augen und muss historisch weit zurückgehen, vielleicht bis in die Frühzeiten der Bundesrepublik, um eine ähnliche Eintracht von Regierenden und Kirchenleuten vorzufinden – dann aber unter ganz anderen Vorzeichen.

Aber nicht die Kirchen sollen hier im Vordergrund stehen, sondern die nicht immer explizite Einordnung von politischen Vorschlägen und Entscheidungen zur Flüchtlingsfrage als „christlich“ oder „unchristlich“, sei es aus Überzeugung, sei es aus taktischen Gründen. Prima vista scheint alles (wie häufig in moralischen Fragen) recht eindeutig zu sein. Die

passenden Bibelstellen sind allen schnell auf den Lippen. Der barmherzige Samariter, die Liebe zum Nächsten, „was Ihr dem Geringsten getan habt, habt ihr mir getan“ (Matthäus 25,40) – alles passt so gut auf die augenblickliche Situation, dass es hier doch sofort zur Einigung kommen müsste. Haben denn nicht dieselben, die jetzt den Kurs der Regierung kritisieren, der Kanzlerin immer ihre christliche Indifferenz vorgehalten?

Ohne jetzt durch eine Grenzüberschreitung ins Theologische sich auf dünnes Eis zu begeben, so ist doch unstrittig, dass die Handlungsanweisungen des Evangeliums nicht sozialetisch gemeint, also an staatliche oder gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure gerichtet sind, sondern ausschließlich individualetisch das Seelenheil des Einzelnen in den Blick nehmen. Gleichwohl kommt keine Sozialetik am Geiste des Evangeliums vorbei. Gesellschaftliches, Politisches und Offenbartes bilden in ihr ein inspiriertes Amalgam.

Die neutestamentliche Ethik des Individuums ist eine Ethik des ersten Blicks, die sich viel später entwickelnde kirchliche Soziallehre eine des zweiten Blicks, die nicht nur die persönliche Beziehung zu Gott und einzelnen Mitmenschen, sondern auch die institutionelle der Menschen untereinander und des Gemeinwesens berücksichtigt. Für sich selbst kann man entscheiden, aus Gründen der Rettung der eigenen Seele Nachteile in Kauf zu nehmen, Heim und Besitz, sogar sein Leben zu verlieren. Dies aber für andere in Anspruch zu nehmen, ist wegen der Möglichkeit, ja der Wahrscheinlichkeit, dass sie, die anderen, *nicht* so entscheiden würden, äußerst fragwürdig. Neutestamentarische Ethik ist Ethik der unmittelbar persönlichen Rettung, der Umkehr zum Heil und der *Empfehlung* an andere, es einem gleich zu tun. Mit ihr ist nur auf verschlungenen Pfaden ein Staat zu machen – nicht umsonst hat Jesus recht lapidar zwischen dem „was des Kaisers ist“ und dem „was Gottes ist“ unterschieden (Matthäus 22, 21).

NUR RESPEKT MACHT DIALOG MÖGLICH

Als Fazit bleibt die Tatsache, dass ein genauerer Blick auf die sich gegenseitig aufschaukelnden Vorwurfsmuster auf beiden Seiten Vernunft und auf beiden Seiten Moral erkennt. Eine wechselseitige Anerkennung als Vernunft oder Moral, ein Respekt *inter pares* würde einen echten Dialog möglich machen (wenn er auch vielleicht nicht zu einem gemeinsamen Ergebnis führen würde). Verbitterung tritt immer dann ein, wenn Abkan-

zelungen, sei es aus Sicht der Moral oder der Vernunft, vorgenommen werden, wenn sich moralische Eliten erheben und einem wachsenden Teil der Bevölkerung (seit dem 13. März 2016 – den Landtagswahlen in drei großen Bundesländern – sind wir nicht mehr nur auf demoskopische Daten angewiesen, um die Größe dieses Personenkreises zu ermessen) politische Zurechnungsfähigkeit absprechen. Der notwendige gesellschaftliche Diskurs wird nicht gelingen, solange sich „Gutmenschen“ (wann war es jemals verwerflich, dass Menschen „gut“ sein wollen?) und „Dumppfbacken“ gegenüberstehen und nicht Menschen, Personen (unterschiedlichen) guten Willens.

Deutschland führt gerade wieder ein Selbstgespräch, aber die ehrabschneidenden Verweise von den Kanzeln, Pulten, Medienhäusern und Podien vergiften die deutsche Seele genauso wie die Pöbeleien und das Wutgeheul im Internet, in den Leserbriefen und auf den Demonstrationen der Erniedrigten und Beleidigten. Demokratische Kultur ist mehr als ein formales Verfahren, aber auch mehr als eine bestimmte, z.B. menschenrechtsorientierte Politik. Sie ist Dialog oder besser Multilog auf Augenhöhe, zwischen einander gleichen und freien Bürgerinnen und Bürgern. Vielleicht hilft es daran zu erinnern, dass der am häufigsten zitierte noch lebende deutsche Philosoph und die lebende Ikone der Frankfurter Schule, Jürgen Habermas, einst politische Rationalität dann als gegeben sah, wenn sie auf einem „herrschaftsfreien Diskurs“ entlang bestimmter Diskursnormen beruht: prinzipielle Gleichheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, prinzipielle Problematisierbarkeit *aller* Themen und Meinungen sowie prinzipielle Nichtausgeschlossenheit aller am Diskurs Beteiligten. Zurzeit bewegen wir uns in die exakt gegensätzliche Richtung.

Bemerkung: Der Text gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Ergebnisse der Auftakttagung „Migration und Flüchtlingspolitik“ in Erfurt

Sina Meißgeier, Altstipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung

Diese Tagungsdokumentation gibt den Sachstand vom 28. September 2015 wieder, als die Fachtagung im Rahmen des Projekts „Heimat bilden in Thüringen“ stattfand. Sie wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung Thüringen gemeinsam mit der CDU-Fraktion im Landtag durchgeführt. Etwa 120 Gäste aus Thüringer Kommunen und Verbänden, aus Wirtschaft und Politik, aber auch Bürgerinnen und Bürger folgten der Einladung. Ziel war es, dass nicht nur Expertinnen und Experten und Multiplikatoren miteinander ins Gespräch kommen. Vielmehr sollten sich die Thüringer über Ursachen, Herausforderungen und Lösungsansätze in der aktuellen Migrations- und Flüchtlingssituation informieren und austauschen können. Ein direkter Austausch zwischen Akteuren und Interessierten wurde insbesondere in den drei Fachforen zu den Themen „Integration und Willkommenskultur“, „Zuwanderung in den Arbeitsmarkt“ und „Flüchtlingsaufnahme vor Ort“ ermöglicht, die im Folgenden dokumentiert werden.

Forum 1:

Wie wird eine erfolgreiche Integration und Willkommenskultur geschaffen?

Protokoll: Sina Meißgeier



v.l.n.r.: Xuan Bui Thi, Dr. Johannes Christian Koecke, Dr. Karl-Eckardt Hahn, Olga Vitzthum, Anette Morhard

Das Forum moderierte Dr. Karl-Eckardt Hahn, Pressesprecher der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag. Zu den Podiumsgästen gehörten Dr. Johannes Christian Koecke und Olga Vitzthum, die beide in dieser Handreichung einen aktuellen Beitrag zur Debatte leisten. Weiterhin präsent auf dem Podium waren Anette Morhard, Vertreterin des Bildungswerkes der Thüringer Wirtschaft und der Initiative „Willkommenskultur/Landesentwicklungsgesellschaft Thüringen mbH“, sowie Xuan Bui Thi, vietnamesische Unternehmerin und Mitglied im Ausländerbeirat der Stadt Erfurt.

Anette Morhard stellte zu Beginn die Initiative „Ein Thüringen für alle“ vor und betonte, dass berufliche Integration und Arbeitsmöglichkeiten zentrale Kriterien für eine erfolgreiche Integration in die Gesamtgesellschaft seien. Olga Vitzthum ergänzte dazu: „Der Integrationsweg ist ein langer Weg und die Sprache ist der Schlüssel für ein gutes Leben in einem fremden Land“. Doch es brauche nicht nur den „Schlüssel Sprache“, sondern ein ganzes „Schlüsselbund für Integration“, so Vitzthum, „Kontakte mit Deutschen in Freizeit und später auch in der Arbeitswelt sind ganz wichtig“, sagte sie weiter.

Xuan Bui Thi gab zu bedenken, dass Fleiß, Arbeit und ein gutes Familienleben wichtig seien, um in Deutschland Anerkennung zu erfahren. Gleichzeitig aber sei ihr wichtig – und dabei wies sie auf ihre vietnamesische Herkunft hin – Erinnerungen an das Heimatland zu pflegen.

Während über die Notwendigkeit zur Integration und die Achtsamkeit auf beiden Seiten überwiegende Einigkeit herrschte, wurde über die Dimensionen des Begriffes „Willkommenskultur“ im Forum kontrovers diskutiert. Johannes Christian Koecke wollte den Begriff hinter sich lassen und lieber über die strukturellen Aspekte eines Willkommens sprechen.

Gegenüber Teilnehmern, die sich mit dem eigenen Deutschsein von den „Menschen aus einem anderen, einem fremden Kulturkreis“ abzugrenzen suchten, mahnte Olga Vitzthum an, dass es zu wenige Diskussionen mit Flüchtlingen gebe. Eine Teilnehmerin fügte zustimmend hinzu, man könne nicht immer nur über Flüchtlinge reden, sondern man müsse mit ihnen reden. So könnten die Bürgerinnen und Bürger einen Wissenszugang zu den Befindlichkeiten der Asylbewerber erhalten. Gegenseitigen Vorbehalten könne so der Nährboden entzogen und Dissonanzen in der Gesellschaft beseitigt werden.

Forum 2:

Wie gelingt eine qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt?

Protokoll: Sarah Duryea



v.l.n.r.: Carsten Föhlich, Peter Höhne, Beate Meißner MdB, Steffen Jacobi

Das Forum moderierte Beate Meißner, MdL und sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag. Auf dem Podium saßen Peter Höhne, Hauptgeschäftsführer der IHK Ostthüringen Gera, sowie Steffen Jacobi, Leiter und Koordinator von „IQ – Netzwerk Integration durch Qualifizierung“. Weiterhin war Projektmanager und EU-Coach Carsten Fröhlich Podiumsgast, der auch mit einem aktuellen Beitrag in dieser Handreichung vertreten ist.

Arbeit wurde als wesentliches Integrationsmittel klassifiziert. Es baue Selbstvertrauen bei den Zuwanderern auf und sei wichtig für die Gesellschaft. Auf Seiten des deutschen Arbeitsmarktes, beschreibt Beate Meißner zu Beginn, gebe es nicht nur einen Bedarf an Fachkräften, sondern auch an Auszubildenden. Bundesweit sind über 100 000 Ausbildungsplätze unbesetzt.

Peter Höhne berichtete von einem Projekt der IHK für 16- bis 25-jährige Syrer, Eritreer und Afghanen, das bei der Integration in den Arbeitsmarkt behilflich ist. Er beschrieb die Notwendigkeit von interkultureller Flexibilität und betonte, dass die Wirtschaft von der Politik Planungssicherheit, Bürokratierleichterungen und ein geklärtes Bleiberecht brauche: „Der Leidensdruck ist von Unternehmer zu Unternehmer unterschiedlich. Wir haben einen Fachkräftebedarf, aber die Erkenntnis, gerade aus dem Flüchtlingspotential heraus den Bedarf zu decken, die reift erst noch. Bei vielen ist sie da, bei anderen noch nicht“, sagte Höhne.

Steffen Jacobi wiederum gab aus der Perspektive der Flüchtlinge heraus zu bedenken, dass es in den ersten Tagen der Ankunft andere Probleme gebe als einen Fragebogen zu den beruflichen Kompetenzen auszufüllen. Zudem seien die Flüchtlinge von der Erstaufnahmeeinrichtung bis zur Verteilung auf andere Unterkünfte sehr mobil und abgefragte Angaben können aufgrund des Datenschutzes nicht einfach von Einrichtung zu Einrichtung an die Jobcenter weitergegeben werden.

Beate Meißner bemerkte dazwischen, dass mehr als 90% der Ankommenden nicht sofort in den Arbeitsmarkt integrierbar seien und dass das Asylrecht Instrument der humanitären Leistung nicht des deutschen Arbeitsmarktes sei.

Carsten Fröhlich sagte mit vorrangigem Blick auf den Anteil der integrierbaren Flüchtlinge: „Wir sollten sie nicht überfordern. Sie sind traumati-

siert und aufgrund der Flucht zum Teil auch körperlich versehrt. Mancher ist nicht in der Lage, Konflikte adäquat zu bewältigen. Der Weg kann nur sein, eine neue Ausbildung zu beginnen und Deutschkurse zu besuchen, dann geben die Firmen heutzutage auch eine Jobgarantie.“ Auch sei es wichtig, so Fröhlich, interkulturellen Unterschieden auf beiden Seiten Beachtung zu schenken.

Abschließend stellte Beate Meißner den Referenten die Frage, was - in einem Wort - eine qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt benötige, wobei Steffen Jacobi „Information“, Peter Höhne „Pragmatismus“ nannte und Carsten Fröhlich das Wort „Optimismus“ wählte.

Forum 3:

Wie wird die Flüchtlingsaufnahme vor Ort organisiert?

Protokoll: Rico Chmelik



v.l.n.r.: Peter Schreiber, Christian Herrgott MdL, Thomas Fügmann, Berthold Steffen

Das Forum moderierte Christian Herrgott, MdL und Sprecher für Migration und Integration der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag. Das Podium war besetzt mit dem Landrat des Saale-Orla-Kreises Thomas Fügmann, dem Bürgermeister der Stadt Triptis Berthold Steffen sowie mit Peter Schreiber, Vorstandsvorsitzender des DRK-Kreisverbandes Jena-Eisenberg-Stadtroda e.V. Als „Best Practice“-Beispiel findet sich in dieser Handreichung ein Beitrag über den konkreten Ablauf der Flüchtlingsaufnahme im Landkreis Saale-Orla.

Mit den Worten von Christian Herrgott gesprochen, versammelte sich in diesem Fachforum die „geballte, kommunale Kraft“, was sich auch zugleich in den Eingangsstatements der Referenten widerspiegelte. Dabei

ging es um die Beantwortung der Frage, wie sich einerseits der Zustand der Flüchtlingsaufnahme zu Beginn des Jahres 2015 gestaltete, und andererseits, wie sich die Lage seit August 2015 entwickelt hat. Thomas Fügmann erläuterte zu Beginn präzise die Entwicklung der Flüchtlingsaufnahmezahlen seit Jahresanfang 2015. So stieg laut Fügmann die ursprüngliche Anzahl aufzunehmender Flüchtlinge von 260 im Januar auf 764 bis Ende September. Schwierig wurde die Lage nach Ansicht aller Referenten ab Anfang August. Berthold Steffen skizzierte die Stimmung in der Bevölkerung und verwies auf die vorhandenen Unsicherheiten unter den Menschen, die sich in zahlreichen Fragen an den Bürgermeister zeigten. Sein Motto: „Nur mit Ehrlichkeit und offenem Visier können Vorbehalte und Skepsis abgebaut werden. Wir können es gemeinsam schaffen“, sagte Steffen.

Peter Schreiber ergänzte die Statements der beiden anderen Referenten und kritisierte die oftmals ungenauen Angaben der ankommenden Flüchtlinge, was wiederum eine Unordnung in der Organisation und den Abläufen nicht nur beim DRK hervorruft. Es folgte ein sachlicher Austausch über die derzeitige Situation in der Organisation der Erstaufnahmelage. Thomas Fügmann betonte, dass die Betreuungsquote von Sozialarbeitern und Flüchtlingen derzeit bei 1:150 liege, ein Zustand der auf Dauer schwer tragbar sei. Darüber sprach sich Fügmann für konsequente Abschiebungen aus, nach Ablehnung und rechtsstaatlicher Prüfung des Asylantrages.

Es folgte eine offene Fragerunde durch das Plenum. Die Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bezogen sich unter anderem auf die Einigung zwischen Bundesregierung und Ministerpräsidenten, pro Flüchtling 670 Euro bereitzustellen, und wie dieses Geld verteilt werden könnte. Weiter ging es um Fragen zum Problem der Belegung von Sporthallen, was nach Aussage einiger Teilnehmenden in Teilen der Bevölkerung als kritisch gesehen wird. Peter Schreiber und Berthold Steffen antworten auf alle Fragen und berichteten dabei auch vom Alltag in einer Erstaufnahmeeinrichtung und wie mithilfe von Schichtbetrieb der Arbeits- und Aufnahmeablauf aufrechterhalten wird. Thomas Fügmann warb für gleichmäßige Standards in allen Aufnahmeeinrichtungen, damit kein Ungleichgewicht in der Wahrnehmung der Flüchtlinge entsteht, wenn es um die Verteilung innerhalb Thüringens geht. Alle Referenten waren sich einig, dass das Ehrenamt weiter gestärkt und gefördert werden müsse, insbesondere mit Blick auf die anstehende Integration.

Zum Ende der Fragerunde ging es um Anregungen zum Thema des Wohnungsbaus, der laut Aussage einiger Teilnehmerinnen und Teilnehmer zügig vorangetrieben werden müsse, sowie um die rechtlichen Möglichkeiten der Inanspruchnahme einer Vormundschaft bei unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das Fachforum sehr sachlich, diszipliniert und auf hohem Niveau diskutierte. Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer verfolgten aufmerksam die Gespräche und Statements, immer wieder gesäumt durch zahlreiche Fragen seitens der Gäste. Unbestritten innerhalb des Fachforums war die Forderung nach der langfristigen Stärkung des Ehrenamts, auch über die nächsten Jahre hinaus. Integration in Thüringen und Diplomatie in den Krisengebieten – diese beiden Schwerpunkte wurden als Fazit im Fachforum vom Moderator Christian Herrgott abschließend als besonders wichtig herausgestellt.

Im Gespräch

„ES IST UNSERE AUFGABE, GUTE UND VERLÄSSLICHE
INFORMATIONEN AUFZUBEREITEN.“

Dr. Marcus Engler, Migrationsforscher



Dr. Marcus Engler

Vorbemerkung

Dieses Interview mit Marcus Engler führte Sina Meißgeier am 28. September 2015 während der Tagung „Migration und Flüchtlingspolitik“ im Erfurter Landtag. Bis Oktober 2015 war Engler als wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Geschäftsstelle des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen (SVR) für Migration und Integration tätig.

1. Herr Engler, der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration ist politisch gesehen eine unabhängige Stelle. Wie können Sie mit Ihren Forschungen Impulse für die nationale Politik geben und Handlungsoptionen aufzeigen?

„Eine zentrale Aufgabe des Sachverständigenrates ist es sachlich zu informieren. Fragestellungen rund um das Thema ‚Migration und Integration‘, oder jetzt auch insbesondere Flucht und Asyl sind sehr häufig emotional aufgeladen. Das kann man auch verstehen, dass die Leute Ängste und Sorgen haben, aber es kursieren viele Fehlinformationen. Da ist unsere erste Aufgabe, gute und verlässliche Informationen aufzubereiten, denn diese sind nicht immer sofort verfügbar. Man muss Statistiken auswerten und in einer Weise aufbereiten und vermitteln, dass sie jeder politisch Interessierte auch verstehen kann.“

2. Fehlinformationen und Vorurteile gegenüber Flüchtlingen sind allgegenwärtig. Dazu gehört auch, dass manche behaupten, viele kämen aufgrund des guten Sozialsystems nach Deutschland. Wie würden Sie diesem Vorurteil begegnen?

„Es mag Personen geben, die nach Deutschland kommen, weil sie bessere Lebensbedingungen suchen. Aber selbst da muss man unterscheiden: Bessere Lebensbedingungen heißt nicht immer, dass man Sozialleistungen beziehen möchte, sondern kann auch heißen, dass man arbeiten, einen Job haben möchte. Und das kann man als Motiv durchaus nachvollziehen. Das Asylverfahren ist aber nicht der richtige Weg für Menschen, die mit dieser Motivation nach Deutschland kommen. Häufig machen das diejenigen, die dann hierzulande als ‚Armuts-migranten‘ oder ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ bezeichnet werden, weil es keine anderen legalen Wege für sie gibt oder weil sie die möglichen Wege nicht kennen. Stattdessen versuchen sie über das Asylverfahren zu kommen, da muss mehr Aufklärung geleistet werden. Deutschland hat im Bereich der Arbeitsmigration einiges getan in den letzten Jahren. Wir haben inzwischen ein sehr liberales Arbeitsmigrationsrecht.“

3. Und welche Motive gibt es, dass beispielsweise syrische Flüchtlinge gerade nach Deutschland kommen?

„Was die Motive der Flüchtlinge angeht, wissen wir aus der Forschung, dass es sich häufig um ein Motivbündel handelt. Das wichtigste Motiv

sind soziale Beziehungen. Sei es über Familienmitglieder oder Personen aus der eigenen Community, die schon da sind und die sagen: Hier ist es sicher, kommt nach! Darüber hinaus spielen auch kursierende Informationen über Anerkennungschancen und Unterbringungsstandards eine Rolle. Es gibt nicht den einen Faktor, sondern verschiedene Motive wirken in der Regel zusammen.“

4. Nun hat zum einen die Politik die Möglichkeit, Ihre Expertise und die Ihrer Kolleginnen und Kollegen abzurufen. Wie können zum anderen Bürgerinnen und Bürger von Ihren Veröffentlichungen profitieren?

„Da gibt es vielfältige Möglichkeiten. Zwar ist der SVR ein Expertengremium, das nicht ständig mit einzelnen Bürgern in Interaktion ist, aber alle unsere Publikationen sind kostenlos auf der Website des Sachverständigenrates für Migration und Integration abrufbar unter www.svr-migration.de - Dort finden sich verschiedene Publikationen zu Asylpolitik oder zum Bildungserfolg von Migranten, aber auch zu sehr speziellen Fragestellungen, wie zum Zugang von Personen mit Migrationshintergrund zu Kitas. Die jährlich wichtigste Publikation ist das Jahresgutachten, das jeweils einen thematischen Schwerpunkt hat. Das im Frühjahr 2015 veröffentlichte Jahresgutachten stellt beispielsweise Deutschlands Migrations- und Integrationspolitik im internationalen Vergleich mit ausgewählten EU-Ländern sowie Kanada und den USA dar. Darüber hinaus gibt es auf der Website auch aufbereitete Informationen, sogenannte Spotlights, in denen komplexe Sachverhalte anhand von einzelnen Geschichten von Personen illustriert werden. Weiterhin organisiert der SVR auch eigene Veranstaltungen verschiedener Formate und Mitarbeiter halten Vorträge, wie zum Beispiel heute hier in Erfurt.“

Best Practice:

Akquise von ausländischen Azubi für den Mittelstand in Thüringen

SITUATION, PROBLEME, LÖSUNGSANSÄTZE

Carsten Fröhlich, EU-Coach und Projektmanager



Carsten Fröhlich

Dass der Freistaat Thüringen, und nicht nur er, ein Fachkräfteproblem hat, können aufmerksame Konsumenten der täglichen Nachrichten schon lange lesen und hören. Damit liegt Thüringen im Bundestrend. Im Berufsbildungsbericht des Bundeskabinetts 2016 wird jetzt festgestellt, dass die Zahl neuer Ausbildungsverträge leicht gesunken ist im Vergleich zu 2014 auf

circa 522.000 und bundesweit 41.000 freie Lehrstellen zu verzeichnen sind. Etwa 20.700 deutsche Jugendliche konnten keine Lehrstelle auf dem ersten Arbeitsmarkt erhalten. Dazu kommt, wie der Bericht zeigt, dass nur noch jedes fünfte Unternehmen selber ausbildet.

Latent existiert dieses Problem je nach Branche oder Industriezweig schon länger, konnte aber immer durch doch vorhandene Bewerbungen aufgefangen werden, was wiederum bei vielen Personalchefs die Überzeugung wachsen ließ, dass man die Probleme durchaus lösen kann. Diese Haltung blendet aus, dass das Gesamtproblem in der Zukunft erheblich verstärkt werden wird durch das weitere Voranschreiten der demografischen Entwicklung, die sogenannte „Überalterung“, durch die Abwanderung junger Menschen aus dem Beitrittsgebiet in die „Altbundesländer“ oder ins Ausland und durch den Hang vieler Jugendlichen das Studium einer dualen Ausbildung zu bevorzugen. Hinzu kommen die relativ günstige konjunkturelle Lage, die ständig nach neuen Fachkräften ruft und jüngste Verweise der Politik auf die hohe Zahl an Flüchtlingen, die das Fachkräfteproblem bald lösen werden. Dazu muss aus praktischer Sicht Folgendes bemerkt werden:

Die demografische Entwicklung ist nicht aufzuhalten, im Gegenteil, sie verschärft sich zunehmend. Das wird von vielen als gegeben hingenommen ebenso wie die Abwanderung ins alte Bundesgebiet auf Grund der höheren Löhne, der besseren Rahmenbedingungen und Karrierechancen. Deshalb gibt es bereits zarte Ansätze von Unternehmen, zusätzliche Reize zu schaffen um junge Menschen für ihre Firmen und Unternehmen zu begeistern, auch wenn diese oft nicht mit konkurrierenden Angeboten aus anderen Regionen mithalten können.

Darüber hinaus gibt es im Freistaat Thüringen durchaus wichtige und gute Ansätze, Personal aus dem Ausland zu gewinnen. Gerade im Bereich „Ausbildung“. Davon zeugen Aktivitäten der Kammern im Sinne von Vernetzungen, frei finanzierte Bemühungen in der Gastronomie, Fachkräfte zu gewinnen und verschiedene Projekte zu Eingliederung junger Ausländerinnen und Ausländer in den Arbeitsmarkt. Zu erwähnen sei an dieser Stelle auch das in Thüringen gern genutzte Bundesprogramm *MOBIPRO* oder *jobformylife*, welches jedoch ausläuft. Das Programm war sicherlich gut gemeint, jedoch in der Umsetzung leider nicht immer ohne Probleme. Finanzielle Anreize wurden aus praktischer Sicht an der falschen Stelle gesetzt und der Verwaltungsaufwand war für ein durch-

schnittliches Unternehmen unzumutbar. Nicht zuletzt deshalb wurde das Programm während der Laufzeit so umstrukturiert, dass die Bildungsin-dustrie koordinierende Aufgabe übernahm.

FLÜCHTLINGE, DIE „FACHKRÄFTE VON MORGEN“?

Historisch gesehen sind die angekommenen Flüchtlinge ein großer Gewinn für die Bundesrepublik, das steht außer Frage. Klar sollte aber den „Berufsoptimisten“ auch sein, dass die Flüchtlinge weder im Jahr 2016 noch für 2017 tatsächlich zur Entlastung des Fachkräftemangels beitragen werden können. Im Jahr 2018 könnten unter bestimmten individuellen Umständen erste Flüchtlinge zur Ausbildung in den ersten Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Bereits einsetzbare Fachkräfte unter den Flüchtlingen zu finden, scheitert bisher an der Ministerialbürokratie hinsichtlich der Anerkennung von Berufsabschlüssen oder der Tatsache, dass Ausbildungen vor allem im Handwerk in den Herkunftsländern schulisch sind und damit keine manuellen Fähigkeiten vermittelt werden. Unternehmen benötigen jedoch real einsetzbare Fachkräfte beispielsweise auf Baustellen, die ihre Leistungen erbringen und nicht zusätzlich betreut werden müssen. Im realen Geschäftsleben sind weder Platz noch Zeit für Experimente, die am Ende Geld kosten und unzufriedene Kundinnen und Kunden zur Folge haben. Das bedeutet zusammengefasst:

- sofort einsetzbare Fachkräfte gibt es so gut wie nicht
- im Falle von an Papieren und Urkunden nachweisbaren Abschlüssen (was selten der Fall und selten vergleichbar ist)
- sind die Bewerberinnen und Bewerber noch nicht in der Praxis einsetzbar, weil Sprache und manuelle Fähigkeiten fehlen, die den Anforderungen der Unternehmen entsprechen
- im günstigsten Fall werden 2020/2021 erste in Deutschland ausgebildete Fachkräfte mit nicht-europäischem Migrationshintergrund den Arbeitsmarkt bereichern können

Die Situation in Thüringen ist so, dass ohne eigene Initiative der Unternehmen eine zielführende mittelfristige Lösung, in Einzelfällen vielleicht möglich sein, das Gesamtproblem des Fachkräftemangels jedoch nicht lösen wird.

SECHS FRAGEN FÜR UNTERNEHMEN

Es gibt aber durchaus Lösungsansätze zur Fachkräftegewinnung aus dem Ausland. Sollte sich ein Unternehmen entscheiden, die Personalentwicklung mit ausländischen Bewerberinnen und Bewerbern in Angriff zu nehmen, sind folgende Aspekte im Vorfeld abzuklären:

1. Ist das Team intern bereit das mitzutragen oder gibt es Vorbehalte, Widerstände oder erhebliche interkulturelle Hürden?

Ganz gleich für welche Herkunftsländer sich eine Firma bei den Werbungsaktivitäten entscheiden sollte, ist bis zu einem Jahr interne Aufklärungsarbeit notwendig, um die Kolleginnen und Kollegen auf die „Neuen“ mit anderen kulturellen Hintergründen vorzubereiten, um Vorurteile abzubauen und das Wissen des Kollegiums über die Herkunftskulturen zu erhöhen.

2. Bestehen bereits zuverlässige Kontakte im Ausland um die Aktivitäten dort voranzutreiben (Stellenanzeigen, Vorauswahl, Informationsverbreitung, Werbung für das Unternehmen)?

Unternehmen sollten auf vertrauenswürdige Partner im Ausland zurückgreifen beziehungsweise sie finden, damit sie die Akquise unterstützen. Mittlerweile sind sehr viele Anbieter auf dem Markt, die mit – vorsichtig gesagt- unlautere Mittel anwenden, um das „schnelle“ Geld zu verdienen.

3. Gibt es versteckte Motive der Bewerberinnen und Bewerber sich bei einem Unternehmen in Deutschland zu bewerben?

Zumindest für südost- und osteuropäische Länder sind die Motive nicht immer identisch mit Personalentwicklungszielen der Unternehmen. Diese suchen langfristig konstantes gut ausgebildetes Personal und keine ständig wechselnden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Letztlich geht um Wertarbeit für den Kundenstamm und es bedarf in dieser Hinsicht eines konstanten und eingespielten Teams im Sinne der Kundenbindung und Zufriedenheit.

Meines Erachtens verlässt kein Mensch seine Heimat ohne triftige Gründe. Oft sind das materielle Hintergründe oder Frust über den

desolaten Zustand der Politik und Wirtschaft und die fehlenden individuellen Perspektiven im Heimatland. Verbunden damit sind oft sehr hohe Erwartungen der Familien schnell viel Geld zu verdienen und sie zu unterstützen. Dadurch wird hoher persönlicher Druck aufgebaut. Man sollte sich als Unternehmen also immer die Frage nach der Motivation der Bewerbung erlauben. Beim Anbieten von Ausbildungsplätzen steht das unternehmerische Ziel, Fachpersonal einzustellen, im Vordergrund. Dies wiederum bedeutet, die Unternehmensziele in möglichen Bewerbungsgesprächen oder Ausschreibungen sehr deutlich hervorzuheben, um vorzeitigen Ausbildungsabbrüchen entgegenzuwirken. Schnell kann es passieren, dass ausländische Auszubildende in Zeitarbeitsfirmen oder Hilfsarbeiterjobs wechseln, weil sie dort kurzfristig mehr Geld verdienen als in der Ausbildung.

4. Inwieweit sind vorhandene Abschlüsse mit deutschen zu vergleichen?

Ich habe die Schwierigkeiten der Vergleichbarkeit bereits angesprochen und will betonen, dass ein Elektriker in Rumänien oder Absolvent eines technischen Gymnasiums ist noch kein Elektriker in Deutschland oder ein Fachgymnasiast. Das hängt zusammen mit der rein schulischen Berufsausbildung ohne praktische Erfahrungen, den allgemeinen Bewertungssystemen dort (Zensuren von 10-1), der Vielfalt verschiedener Schularten und Spezialisierungen dahingehend sowie fehlender Berufserfahrung in der hier geforderten Qualität. Letztendlich kann es am Ende besser sein, den Fokus auch auf Bewerberinnen und Bewerber aus artfremden Berufen zu lenken oder dies zumindest nicht auszuschließen.

5. Welche Rolle spielt das Sprachniveau in Deutsch?

Klar ist, dass es ohne deutsche Sprachkenntnisse nicht funktionieren wird, in Deutschland in den Arbeitsmarkt und in die Teams in den Unternehmen integriert zu werden. Bei guter Eignung sollten Unternehmen anstreben, bereits im Herkunftsland Sprachkurse zu organisieren oder den Bewerberinnen und Bewerbern ihren Besuch zu ermöglichen. Dabei sollte nach europäischem Sprachlevel mindestens A2 mit Zertifikat erworben werden.

6. Wie steht es um mögliche vorhandene interkulturelle Besonderheiten der Herkunftsländer und sich daraus ergebende Probleme mit dem Team in den Unternehmen?

Dieser Aspekt wird häufig unterschätzt, weil die große Angst der Unternehmen zu sehr auf den sprachlichen Lernaspekt gerichtet ist. Interkulturelle Missverständnisse können oft sehr schnell alle gut gemeinten Bemühungen der Unternehmen zerstören, ausländische Fachkräfte oder Auszubildende zu integrieren.

Ein weiterer Aspekt ist, dass zum Teil klischeehafte und unrealistische Erwartungen an das neue Heimatland Deutschland vonseiten der ausländischen Azubis existieren. Gesehen wird oft nur die Fassade (beispielsweise teure Autos, glitzernde Fassaden und Massenkonsum). Es ist an den Unternehmen zu vermitteln, dass das Erreichen an das Leistungsprinzip gekoppelt ist, wenn nicht finanzielle familiäre Begebenheiten andere Möglichkeiten zulassen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Diese sechs von mir ausformulierten Fragen sind unerlässlich zu stellen, wenn es um die Integrationsbemühungen bei ausländischen Fachkräften geht. Stellt sich ein Unternehmen der Herausforderung der Akquise von ausländischen Fachkräften oder Auszubildenden kann abschließend festgehalten werden: Es braucht Zeit und Geduld nach innen und außen und es erfordert langfristige Investitionen. Es wird Rückschläge und Enttäuschungen geben, aber auch viele Entwicklungspotentiale eröffnen, und es braucht ein kompetentes und seriöses Partnerunternehmen im Ausland.

Was ein Unternehmen nicht bekommt, sind sofort einsetzbare Fachkräfte, die beruflich und privat autonom agieren können. Auch bedingungslos „dankbare“ ausländische Fachkräfte und Azubis sind keine Selbstverständlichkeit. Es gibt keine Garantien für den gewünschten langfristigen Verbleib in der Firma. Doch diese Aspekte treffen ebenso für Deutsche auf dem Arbeitsmarkt zu und sind nicht ausschließlich als Charakteristikum ausländischer Erwerbstätiger zu sehen. Das Erreichen unternehmerischer Ziele bei der Akquise ausländischer Fachkräfte erfordert letztlich ein konzeptionelles Herangehen an den vorhandenen Personalmangel. Bestandteile dieses Konzeptes sind:

- Festlegen von konkreten Auswahlkriterien verbunden mit der klaren Frage „wen braucht die Firma?“
- Aufruf in den Entsendeländern, mit einem Jahr Vorlauf
- Regelmäßige Kontrolle der Aktivitäten vor Ort
- Eine frühe Bindung an die Firma

Der Weg dorthin konkret kann sein:

- Anforderungskatalog erstellen
- Jobinterviews vor Ort gestalten
- eigene Fach- und Eignungstests individuell für das Unternehmen entwickeln
- Sprachtraining mit Prüfung
- Mehrmonatige Probepraktika in Deutschland im Vorfeld der Einstellung
- interkulturelle Vorbereitung der ausländischen sowie der deutschen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Volkshochschule – starker Partner für die erfolgsorientierte Integration in ländlichen Regionen

Olga Vitzthum, Leiterin der Kreisvolkshochschule Weimarer Land



Olga Vitzthum

In einem sind sich alle Integrationsakteure einig: Ohne verwertbare Deutschkenntnisse bleiben alle Türen zur erfolgreichen Integration verschlossen. Eine flächendeckend vorhandene und für jeden offene ländliche kommunale Volkshochschule bietet seit vielen Jahren ein breites und integrativ angelegtes Bildungsangebot für Neuankömmlinge vor Ort. Das schafft nahezu in jeder Kommune gute Voraussetzungen für eine

frühzeitige Integration im Interesse der Zuwanderer und der aufnehmenden Gesellschaft. Je früher mit dem Erlernen der deutschen Sprache begonnen wird, desto größer werden die Erfolge sein. Die erste Zeit nach der Einreise ist auch die Zeit der höchsten Motivation der Zuwanderer; die Sprachvermittlung ist in diesem Moment am effektivsten.

Das wichtigste Sprachkursformat für Menschen mit Migrationshintergrund ist seit 2005 ein Integrationskurs, der aus einem Sprachkurs und zum Ende des Lehrganges einem Orientierungskurs besteht und insgesamt etwa sechs Monate dauert. Unter bestimmten Voraussetzungen können spezielle Integrationskurse für Analphabeten, Frauen oder Jugendliche stattfinden. Ist am Ende des Integrationskurses das Ziel B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens erreicht, können berechnigte Zuwanderer ihre Sprachkenntnisse in den Volkshochschulen auch weiter im Programm „Berufsbezogene Deutschförderung“ bis in die Stufe B2 ausbauen. Dieses Angebot wird von nahezu jeder Thüringer Volkshochschule vor Ort vorgehalten. Das Erreichen der sicheren und beruflich verwertbaren Sprachkenntnis (B2) dauert seine Zeit. Beide Programme zusammen nehmen etwa ein Jahr in Anspruch. Danach, vorausgesetzt die Zuwanderer haben Berufsschul- oder Hochschulabschlüsse mitgebracht, steht eine sprachlich fitte Fachkraft dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.

SPRACHE NUR EIN SCHLÜSSEL IM GROSSEN SCHLÜSSEL-BUND

Die deutsche Sprache ist allerdings nur ein Schlüssel im großen Schlüsselbund, der für die Integration in die deutsche Gesellschaft notwendig ist. Mindestens genauso wichtig sind die Kenntnis und die Akzeptanz der Werte und Gesetze der deutschen Gesellschaft. Wenn auch im Plan der erwähnten Sprachmaßnahmen ein großer Raum für die Vermittlung der deutschen sozialen und kulturellen Gepflogenheiten gegeben wird, bedeutet das noch nicht, dass die Zuwanderer nach den Kursen imstande sind, diese Werte zu leben. Die eigenen kulturellen Werte sind für jeden Menschen ein Teil der persönlichen Identität, die nicht einfach aufgegeben werden kann. Der Prozess des Kennenlernens, des Verstehens und der möglichen Übernahme (zumindest in Teilen) der für Zuwanderer in den meisten Fällen fremdartigen Kultur dauert lange und verlangt nach vielfältigen persönlichen Kontakten zur aufnehmenden Gesellschaft – im beruflichen wie auch im privaten Umfeld.

CHANCEN DES LÄNDLICHEN RAUMES

Die ländlichen Regionen bieten auf den ersten Blick viele Vorteile für den erfolgreichen Umgang mit Zuwanderern im Vergleich zu den Großstädten. In kleineren Gemeinden sind soziale Bindungen stark ausgeprägt. Ein neuer Bürger oder eine neue Bürgerin verschwindet nicht in der Anonymität. Verstärkte Kontaktaufnahme, eine individuelle und aufmerksame Betreuung und Beratung vor Ort liefern zuweilen bessere Voraussetzungen für die Integration als in einer Großstadt. Das traditionelle Vereinsleben auf dem Land bietet geradezu ideale Rahmenbedingungen für eine schnelle und erfolgreiche Einbindung der neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger ins kulturelle und soziale Gefüge der Gemeinde. Insbesondere Sportvereine können einen sehr guten Integrationsstart für jüngere Migrantinnen und Migranten ermöglichen.

Addiert mit dem wachsenden Bedarf der kleinen und mittelständischen regionalen Unternehmen an Arbeitskräften scheinen die Voraussetzungen für das Wohlfühlen und Gebrauchtwerden der „Neuen“ nahezu ideal zu sein. Die Integrationsprozesse werden jedoch von all dem nicht im erhofften Maße positiv beeinflusst.

Nach unserer Beobachtung sehen viele ländliche Gemeinden in der Zuwanderung eher Risiken als Chancen. Der Umgang mit dem Fremden scheint den Einheimischen etliche Probleme zu bereiten. Da die Zahl der Zuwanderer in die ländlichen Regionen Thüringens bislang gering war, war auch die persönliche Begegnung mit einem oder mehreren Zuwanderern für die einheimische Bevölkerung eher selten. Dieser Umstand vor allem nach der Situation der vielen Neuankömmlinge im vergangenen Jahr schafft eine große Distanz in der Kommunikationsbereitschaft und viel Raum für Verunsicherung. In den Zeiten der Flüchtlingskrise spielte die aktuelle Angst vor Überfremdung ebenso eine große Rolle, die Nachwirkungen sind bis heute zu spüren.



Wortwolke: Ergebnis der Umfrage im Rahmen von Schul- und Abendveranstaltungen zur Aussage „Integration heißt für mich“ und „Demokratie braucht....“

Auch die Erwartungen an die Zugewanderten sind nicht zuletzt aus Unkenntnis der Integrationsprozesse häufig unrealistisch: die Geschwindigkeit des Spracherwerbs und der möglichen Annahme der in Deutschland gelebten Werte, Gepflogenheiten und Traditionen werden häufig falsch eingeschätzt. Im Grunde erwartet die aufnehmende Seite eine rasche Assimilation statt Integration. Und genau das ist schlicht und einfach unmöglich. Doch die Volkshochschule kann in diesem Zusammenhang kommunales Zentrum für Integration sein.

INTEGRATIONSSTRATEGIEN VOR ORT

Eine durchdachte auf dem interkulturellen Wissen basierende kommunale Integrationspolitik kann unseres Erachtens nur auf lange Sicht und kleinschrittig spürbare Erfolge bringen. Eine starke Volkshochschule als kommunales Weiterbildungszentrum ist einer der wichtigsten Partner der Kommune für die Umsetzung der Integrationspolitik. Volkshochschulen sind Praktiker in der Integrationsarbeit und haben vielfältige Erfahrungen in den komplexen Integrationsprojekten gesammelt. Diese Erfahrungen können insbesondere heute so notwendige kommunale Konzepte der auf Jahre angelegten Integrationsstrategien vor Ort mit aufbauen und bildungspolitisch begleiten. An dieser Stelle seien am Beispiel der Kreisvolkshochschule (KVHS) Weimarer Land nur einige erfolgreich umgesetzte Maßnahmen genannt, die weit über die Möglichkeiten der systematischen Sprachförderung hinausgehen und modellhaft für eine gelingende Integration stehen können.

In Kooperation mit Partnerinnen und Partnern aus der Kreisverwaltung, den beruflichen Schulen und kulturellen Einrichtungen des Kreises Weimarer Land beteiligt sich unsere Einrichtung beispielsweise am bundesweiten Programm des Deutschen Volkshochschulverbandes *talentCAMPus* plus als Teil des Programms „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Damit fördert das BMBF bis 2017 vor allem außerschulische Angebote der kulturellen Bildung. *TalentCAMPus* plus ermöglicht auf schnelle und unbürokratische Weise für die Zielgruppe der (vor allem unbegleiteten) geflüchteten Kinder und Jugendlichen, die noch nicht oder nicht mehr schulpflichtig sind, professionelle Sprachförderung und Unterstützung für eine gelingende gesellschaftliche Integration. Speziell dafür stehen bis 2017 zusätzliche Fördermittel zur Verfügung. Im Rahmen des Programms übernimmt die KVHS Weimarer Land nicht nur die sprachliche Erstförderung, sondern (oder vielleicht vor allem) bietet den Jugendlichen kulturelle Bildung gepaart mit der ersten näheren Bekanntschaft der sozialen Umgebung und den beruflichen Möglichkeiten. Dieses ganztägige Förderprogramm für Kinder und Jugendliche holt sie für einige Wochen in der Zeit ab, wo sie teilweise nicht einmal alphabetisiert auf einen Schul- beziehungsweise Ausbildungsplatz warten.

Unsere Erfahrungen zeigen, dass es sich lohnt, bildungspolitisch für diese Zielgruppe noch ein stärkeres und breiteres Netzwerk vor Ort zu knüpfen. Es fehlen nicht nur Sprachkenntnisse. Die geflüchteten Jugendlichen verfügen in vielen Fällen nicht über ausreichende Schulabschlüsse, um eine Ausbildung in Deutschland anzufangen. Die Lücken in anderen Wissensbereichen müssen ebenso erst geschlossen werden. Die Kapazitäten des berufsvorbereitenden Jahres an den Berufsschulen sind jetzt schon sehr beansprucht. Es ist dringend notwendig, ein effektives und ausreichendes System der nachholenden Schulabschlüsse für geflüchtete und nicht mehr schulpflichtige Jugendliche zu etablieren. Es lohnt sich, genau für diese Zielgruppe besondere Integrationsbemühungen zu unternehmen.

Ein anderer Bereich der Integrationsarbeit rückt immer stärker in den Fokus der kommunalpolitischen Arbeit vor Ort: die nicht immer gelingende Kommunikation der Kindereinrichtungen und Schulen mit den Eltern mit Migrationshintergrund. Oft schulden die Probleme im gegenseitigen Verstehen und Akzeptieren der einfachen Unkenntnis der Gepflogenheiten und Erziehungswerte beider beteiligter Kommunikationspartner. Und

auch hier kann eine Volkshochschule ihre langjährigen Erfahrungen wie beispielsweise fertige Konzepte aus dem Modellprojekt des Deutschen Volkshochschulverbandes „Elternkompass“ zur Verfügung stellen. Die praktisch konzipierten Gesprächsrunden dieses Programms zu solchen wichtigen Themen wie zum Beispiel Schul- und Ausbildungssysteme, Erziehung, Gesundheitsbildung, Umgang mit „Neuen Medien“ unter Beteiligung von Fachleuten und vor allem mit Hilfe der Dolmetscher sorgen vorbeugend für eine gelingende Zusammenarbeit der Erzieherinnen und Erzieher, der Lehrerinnen und Lehrer sowie der zugewanderten Eltern.

Nicht zuletzt sei in diesem Beitrag auf vielfältige berufsorientierende Maßnahmen im VHS-Integrationsbereich hingewiesen, die flankierend zu den Sprachkursen und in Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen vielen Zuwanderern zum selbstständigen Leben in Deutschland verhelfen haben. Vor allem die Verknüpfung des Sprachenlernens mit Praktika in den Unternehmen zeigt den Zuwanderern, wie wertvoll der Sprachkurs für das spätere Berufsleben ist. Den regionalen Unternehmen geben solche Projekte die Möglichkeit, die Zusammenarbeit mit Menschen aus anderen Kulturkreisen zu testen und sich eine eigene Meinung zu den Integrationsprozessen zu bilden. Der an unseren Projekten beteiligte Kreis an Unternehmen wird über Jahre immer größer. Für uns ist das ein sicheres Indiz nicht nur für die Notwendigkeit solcher Projekte für regionale Wirtschaft, sondern auch für einen messbaren Erfolg unserer Integrationsstrategie.

Thüringen steht heute wie alle anderen Bundesländer vor einer besonderen Integrationsherausforderung. Der Zustrom der Flüchtlinge aus dem vergangenen Jahr verlangt nach besonderen Anstrengungen einer jeden Kommune. Das Volumen der nötigen Integrationsbemühungen vor Ort ist sprunghaft gestiegen. Es lohnt sich insbesondere jetzt, auf den erfolgreichen Beispielen der regionalen VHS-Integrationsprojekte der letzten Jahre aufzubauen.

Die Volkshochschule ist für die gemeinsame Bewältigung der bevorstehenden Aufgaben vor Ort im besonderen Maße geeignet und sollte für den sprunghaft gestiegenen Integrationsbedarf ausgebaut werden: personell, räumlich, finanziell. Diese Investitionen sollten sich langfristig durch den sozialen Frieden und den gegenseitigen gesellschaftlichen Respekt auch in kleineren Gemeinden auszahlen.

Best Practice:

Asyl im Saale-Orla-Kreis: Zwischen Transferlisten, Ehrenamtsteams und „Wir schaffen das!“

Elisabeth Rau, Pressereferentin des Landkreises Saale-Orla



Mehrsprachige Schilder weisen den Weg zu den einzelnen Fachämtern im Landratsamt des Saale-Orla-Kreises.

Wir erlebten im Sommer 2015 die größte globale Flüchtlingsbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg: Immer mehr Menschen suchen Zuflucht in Europa, in Deutschland, in Thüringen, im Saale-Orla-Kreis. Mit insgesamt 1.148 km² ist er der drittgrößte Flächenlandkreis des Freistaates. In dieser sehr ländlich geprägten Region im Südosten Thüringens leben etwa 83.500 Menschen. Hinzu kommen

knapp 800 Asylbewerberinnen und Asylbewerber (Stand: September 2016) – vorrangig aus Syrien und Afghanistan. Wie alle Kommunen in Deutschland stellt diese Entwicklung der Flüchtlingszahlen auch den Saale-Orla-Kreis vor große Herausforderungen. Von der Geschichte eines kommunalen Lösungsvorschlages soll im Folgenden berichtet werden.

ZUMINDEST EIN ANFANG: GRÜNDUNG EINER STABSSTELLE

Als die Zahlen an Asylsuchenden im August 2015 dramatisch zu steigen begannen, wurde schnell klar, dass der Saale-Orla-Kreis mit den vorhandenen Strukturen kaum Herr der Situation werden kann: Ausländer- und Asylbehörde waren unterschiedlichen Bereichen zugeordnet, die Personaldecke erschien sehr dünn, und um Unterbringungsmöglichkeiten bemühten sich Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich Sozialleistungen eher nebenbei. Die Lösung für eine effektivere Zusammenarbeit war schnell gefunden: die Gründung einer Stabsstelle. Diese nahm offiziell am 01. Oktober 2015 unter dem Namen „Stabsstelle Ausländerwesen/Integration“ ihre Arbeit auf. Die Leitung hat seitdem der Erste hauptamtliche Beigeordnete des Landrates inne.

Die Stabsstelle gliedert sich in Immobilienmanagement für die Gewinnung von Unterbringungsmöglichkeiten, deren Verwaltung und Ausstattung, die Ausländerbehörde für die Vergabe und Verwaltung von Aufenthaltsrechten, Asyl- und Sozialleistungen für die Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes und der finanziellen Abrechnung mit dem Freistaat Thüringen und in die Sozialbetreuung für die Begleitung und Hilfe in allen Lebenslagen.

Zudem wurde eine Kollegin aus dem Landratsamt als Netzwerkkoordinatorin Integration/Ehrenamt eingesetzt. Sie unterstützt verschiedene Ehrenamtsteams und koordiniert beziehungsweise vermittelt zwischen unterschiedlichen Trägern, freiwilligen Helferinnen und Helfern und Vereinen. Zur Stabsstelle hinzugezogen werden – entsprechend der konkreten Anforderung – weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes aus den Bereichen Brandschutz, Bauordnung oder Lagerverwaltung. Möbelbörsen unterstützen die Stabsstelle bei der Einrichtung von Wohnungen und Gemeinschaftsunterkünften.

KONZENTRATION AUF DEZENTRALE UNTERBRINGUNG

Etwa 93 % aller Asylbewerberinnen und Asylbewerber im Saale-Orla-Kreis leben in knapp 240 Wohnungen, 7 % in Gemeinschaftsunterkünften. Die Ausstattung erfolgt über Möbelbörsen und Möbelspenden. Die dezentrale Unterbringung in Wohnungen bietet den Asylbewerberinnen und Asylbewerbern bessere Integrations- und Entwicklungsmöglichkeiten. Sie können zudem gleichmäßiger auf mehrere Regionen verteilt

werden. Allerdings bedeutet diese Art der Unterbringung für die Sozial- und Sachbearbeiter im Saale-Orla-Kreis auch einen höheren Arbeitsaufwand. Die Anmietung, Einrichtung und Verwaltung der Wohnungen ist zudem zeit- und kostenintensiver.



„Marhaba“: Ein Monitor spielt Informationen zum deutschen Grundgesetz oder zur Rolle der Frau in Deutschland im Wartebereich der Ausländerbehörde ab – auf Arabisch mit deutschen und arabischen Untertiteln. Die kurzweiligen Filme sind eine Produktion des Senders n-tv, dem an dieser Stelle noch einmal für die kostenfreie Überlassung gedankt sei.

ENTSCHEIDUNGSTRÄGER UND BÜRGER INFORMIEREN

Das komplexe und zugleich sensible Thema „Asyl“ lässt es nicht zu, in der öffentlichen Diskussion von Halbwahrheiten und Mutmaßungen geleitet zu werden. Neben der reinen Sacharbeit im Umgang mit der Thematik bildet demnach ebenso die Öffentlichkeitsarbeit eine wichtige Aufgabe der Kreisverwaltung. Um Unsicherheiten und Gerüchten zumindest im Ansatz entgegenzuwirken, hat der Saale-Orla-Kreis auf seiner Homepage www.saale-orkreis.de den Punkt „Asyl“ geschaffen. Die dazugehörigen Rubriken „Aktuelle Informationen“ sowie „Fragen und Antworten“ stellen insbesondere lokale Informationen heraus. Die Eröffnung von Kleiderkammern, die Organisation von Spendenaktionen oder Aufrufe an Vermieter, Wohnungen für die Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern bereitzustellen, finden sich hier vorrangig. Kurze Texte erklären zudem unter anderem Grundlagen zu Asylrecht, Geldleistungen oder die Organisation der medizinischen Versorgung. Eine

Checkliste wurde außerdem bereitgestellt. Diese soll ehrenamtliche Helferinnen und Helfer bei der Betreuung von Flüchtlingen/ Patenschaften unterstützen.

Außerdem berichten sowohl das kreisliche Amtsblatt als auch die lokalen Medien über aktuelle Entwicklungen zum Asyl im Saale-Orla-Kreis. Zusätzlich versendet die Pressestelle des Landratsamtes 14-tägig einen Newsletter an Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie an Vorsitzende von Verwaltungsgemeinschaften, die Flüchtlinge in ihren Kommunen unterbringen. Dieser beinhaltet neben organisatorischen Hinweisen die Aufschlüsselung der hier lebenden Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach Nationalität und Unterbringungsort. Der Newsletter informiert zudem über Baufortschritte und Belegungszahlen der Gemeinschaftsunterkünfte sowie zur Wohnungsunterbringung. Auch Ansprechpartner für ehrenamtliche Helfer werden genannt. Ergänzend fanden im November 2015 Bürgerveranstaltungen in den größten Städten des Saale-Orla-Kreises statt, bei denen der Landrat zur aktuellen Asylsituation informierte und sich den Fragen der Anwesenden stellte.

SCHAFFEN WIR DAS?

Wo man auch hinschaut: Probleme gibt es überall. Die Organisation von Spenden gehört im Saale-Orla-Kreis unter anderem dazu: Die Annahme und Abgabe von Kleiderspenden wurde bereits an verschiedene Ehrenamtsteams und freie Träger ausgelagert. Sprachliche und kulturelle Barrieren erschweren die tägliche Arbeit außerdem.

Eines steht jedenfalls fest: Ohne die vielen Freiwilligen wäre diese Herausforderung, der sich Deutschland stellt, nicht zu bewältigen. Ehrenamtliche sind mit nichts zu bezahlen. Ihnen sei an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich gedankt!

Das zentrale Ziel bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für den Umgang mit der Situation muss aus Sicht des Saale-Orla-Kreises sein, die Flüchtlinge möglichst frühzeitig in die Gesellschaft zu integrieren. Bei der Aufnahme von Flüchtlingen geht es schließlich um weit mehr als nur ihre Unterbringung. Dies zu erkennen, scheint der erste wichtige Schritt. Die Politik ist daher gefordert, die gesetzlichen Bedingungen für eine schnelle und gelingende Integration der Flüchtlinge zu schaffen und den Kommunen vor Ort die dafür entstehenden Kosten vollständig zu erstatten.

Die Frage, ob wir das schaffen, kann der Saale-Orla-Kreis auch nicht beantworten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung und die Helferinnen und Helfer vor Ort werden aber jeden Tag ihr Bestes dafür geben, diese Situation weiterhin zu meistern – mit Engagement, starken Nerven und einer großen Portion Improvisationstalent.

DANK

Wir danken allen Referenten, Gesprächs- und Kooperationspartnern, die mit Ihren Erfahrungen, Ideen und viel Engagement an unserem Projekt „Heimat bilden in Thüringen“ in vielfältiger Weise mitgewirkt haben!

- *Albert H. Weiler, MdB*
- *Amer Ilias Khalo, Logistikmitarbeiter aus Erfurt*
- *Anette Morhard, Geschäftsführerin Bildungswerk der Thüringer Wirtschaft e.V.*
- *Antje Tillmann, MdB*
- *Beate Meißner, MdL*
- *Berthold Steffen, Bürgermeister Triptis*
- *Bettina Ehrlich, Journalistin Antenne Thüringen*
- *Bui Thi Xuan, Unternehmerin und Mitglied im Ausländerbeirat Erfurt*
- *Carsten Fröhlich, HBS Jobsolution GbR/ EU Coach*
- *Carsten Polanz, Islamwissenschaftler Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn*
- *Christian E. Rieck, Referent Entwicklungspolitik und Menschenrechte der KAS*
- *Christian Herrgott, MdL*
- *Christian Hirte, MdB*
- *Christina Liebetrau, MdL*
- *Dr. Heiko Voigt, Hauptamtlicher Beigeordneter der Stadt Sonneberg*
- *Dr. Julian Voje, Mitglied im Arbeitskreis Junge Außenpolitiker der KAS*
- *Dr. Karl Eckhard Hahn, Pressesprecher der CDU Fraktion im Thüringer Landtag*
- *Dr. Klaus Zeh, Oberbürgermeister Nordhausen*
- *Dr. Kristina Eichhorst, Koordinatorin Krisen- und Konfliktmanagement der Konrad-Adenauer-Stiftung*
- *Dr. Malte Gaier, Referent im Team Naher Osten und Nordafrika der KAS*
- *Dr. Marwan Abou Taam, Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt Universität zu Berlin*
- *Dr. Rudolf van Hüllen, Extremismusforscher*
- *Elke Holzapfel, MdL*
- *Frank Windeck, KAS-Journalisten-Akademie*
- *Günther Köhler, Bürgermeister Römhild*
- *Heinrich Quaden, Oberst a.D. ehem. Bundesministerium der Verteidigung*
- *Joachim Kreyer, Bürgermeister Sondershausen*

- Katharina Senge, Referentin der Integrationsbeauftragten CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Kristin Floßmann, MdL
- Magda Rocio Castellanos-Ehrenberger, Mitglied im Ausländerbeirat Erfurt
- Manfred Scherer, MdL
- Marcus Engler, Migrationsforscher
- Marian Wendt, MdB
- Mark Hauptmann, MdB
- Martin Debes, Thüringer Allgemeine
- Mathias Birsens, Stipendiat der Journalistischen Nachwuchsförderung der KAS
- Mike Mohring, MdL
- Mohammad Yasser, Weimar
- Olga Vitzthum, Leiterin der Kreisvolkshochschule Weimarer Land
- Peter Höhne, Geschäftsführer IHK Thüringen
- Peter Schreiber, Vorstandsvorsitzender des DRK Kreisverbandes Jena-Eisenberg-Stadtroda e.V.
- Pfarrer Bernhard Bock, Katholische Pfarrgemeinde Bad Salzungen
- Prof. Dr. Harald Dörig, Richter am Bundesverwaltungsgericht Leipzig
- Prof. Ortwin Buchbender, Leitender wissenschaftlicher Direktor a.D. ehem. Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation
- Reinhard Krebs, Landrat des Wartburg Kreises
- Richard Willsch, Amt für Verfassungsschutz im Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales
- Steffen Jacobi, IQ – Netzwerk Integration durch Qualifizierung
- Tankred Schipanski, MdB
- Thomas Fügmann, Landrat Saale-Orla-Kreis
- Viktoria Rode, Leiterin der geistlichen, freizeitpädagogischen und kulturellen Arbeit auf der Burg Bodenstein
- Zeca Schall, Hildburghausen

Wir danken folgenden Schulen, die sich an den Projekttagen „Flucht in die Festung Europas“ beteiligt haben:

- Dr. Sulzberger Gymnasium, Bad Salzungen
- Herzog Bernhard- Schule, Regelschule Römhild
- Käthe Kollwitz Regelschule Nordhausen
- Martin-Luther-Gymnasium, Eisenach
- Staatliche Regelschule, Ellrich
- Ulf-Merbold-Gymnasium, Greiz

ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN

Dr. Marcus Engler ist Sozialwissenschaftler, Migrationsforscher und Politikberater. Derzeit arbeitet u.a. er als Consultant bei UNHCR Deutschland, als Lehrbeauftragter an der Humboldt-Universität zu Berlin sowie als Autor und Vortragender für verschiedene Organisationen und Medien. Von 2013 bis 2015 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR).

Carsten Fröhlich, seit 1992 Projektmanager für europäische Projekte in der beruflichen und non-formalen Bildung. Er leitete Projekte u.a. in der Ukraine, Rumänien, Russland, Frankreich und Afghanistan. Seit 2010 entwickelt er Personalkonzepte für mittelständische Unternehmen zur Gewinnung und Integration ausländischer Auszubildender und Mitarbeiter. Aktuell ist er vor allem in Ost- und Mitteleuropa aktiv.

Dr. Johannes Christian Koecke ist seit 1993 Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung. Er studierte Philosophie, Geschichte und Politikwissenschaft in Bonn und Saarbrücken. Seit 2015 ist er Koordinator für Grundsatzfragen im Politischen Bildungsforum NRW/Büro Bundesstadt Bonn. Seine Expertise liegt in den Bereichen christliche Demokratie sowie Ethik, Grundwerte und Grundsatzfragen in der Politik.

Sina Meißeiger, geboren 1989 in Borna b. Leipzig, studierte Germanistik in Leipzig und Cambridge (UK). Zwischen 2011 und 2015 war sie Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Mike Mohring, geboren 1971 in Apolda, wurde 2014 zum Landesvorsitzenden der CDU Thüringen gewählt. Er ist seit 1999 Mitglied des Thüringer Landtags und führt dort seit 2008 die CDU-Landtagsfraktion. Seit 2010 ist er Mitglied im Bundesvorstand der CDU.

Heinrich Quaden, Oberst a.D., geboren 1944, diente er von 1965 bis 2004 als Soldat der Bundeswehr, zuletzt als Oberst im Generalstabsdienst. Er leitete den Militärattacheestab an der Deutschen Botschaft in Ankara, war Chef des Stabes einer Internationalen Brigade in Sarajevo und ist bis heute Dozent für internationale Sicherheitspolitik an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

Elisabeth Rau studierte zwischen 2005 und 2011 Linguistik, Germanistik sowie Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Universität Leipzig. Seit November 2011 arbeitet sie als Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Landratsamt Saale-Orla-Kreis.

Katharina Senge studierte Religions- und Politikwissenschaft sowie Publizistik- und Kommunikationswissenschaft in Berlin und Rom. 2011-2015 war sie Koordinatorin für Zuwanderung und Integration in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Aktuell ist sie tätig als Referentin der Integrationsbeauftragten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Olga Vitzthum, geboren 1957 in Russland, studierte Deutsch als Fremdsprache an der Moskauer Pädagogischen Hochschule für Fremdsprachen, war in den 1980er Jahren Hochschullehrerin an der Lomonossow-Universität Moskau. Seit 1998 leitet sie die Kreisvolkshochschule Weimarer Land. Sie ist u.a. Vorstandsmitglied des Thüringer Volkshochschulverbandes e.V. und Trainerin für die Entwicklung interkultureller Kompetenz. 2009 erhielt sie den Meister-Eckhart-Brief des Freistaates Thüringen für ihr Engagement.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Maja Eib
Landesbeauftragte für Thüringen und
Leiterin Politisches Bildungsforum Thüringen
Andreasstraße 37b
99084 Erfurt
Telefon: +49 (0) 361 – 65491-0
E-Mail: maja.eib@kas.de*

*Dr. Christina Catherine Krause
Koordinatorin Flucht und Migration
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
Katharina-Heinroth-Ufer 1
10787 Berlin
Telefon: +49 (0) 30 – 26996-3445
E-Mail: christina.krause@kas.de*

PUBLIKATIONSREIHE „HANDREICHUNGEN ZUR POLITISCHEN BILDUNG“

Mit der Reihe „Handreichungen zur Politischen Bildung“ möchte die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung interessierte Bürgerinnen und Bürger über politische Entwicklungen informieren, Orientierungen in Sachfragen geben und das Interesse an politischer Mitwirkung stärken. Die Handreichungen verstehen sich als Grundlageninformationen zur Beteiligung an aktuellen politischen Diskussionen.

In der Publikationsreihe „Handreichungen zur Politischen Bildung“ sind bisher erschienen:

■ **Band 1:**

*J. Christian Koecke, Michael Sieben:
Die Christlich-Demokratische Union. Grundüberzeugungen,
Geschichte, Organisation
3., überarbeitete und erweiterte Auflage
Wesseling, Januar 2014
ISBN 978-3-95721-012-8*

■ **Band 2:**

*Katrin Grüber: Zusammen leben ohne Barrieren. Die Umsetzung
der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen
in Kommunen
Wesseling, April 2010
ISBN 978-3-941904-18-7*

■ **Band 3:**

*Klaus-Jürgen Engelen: Die energiepolitische Zukunft der
Europäischen Union.
Zwei Planspiele zur Arbeitsweise der EU (Ringbuchordner)
Wesseling, April 2010*

■ **Band 4:**

*Andreas Kalina: erfolgreich.politisch.bilden.
Faktensammlung zum Stand der Politischen Bildung in Deutschland
2., überarbeitete und erweiterte Auflage
Wesseling, Januar 2014
ISBN 978-3-95721-013-5*

■ **Band 5:**

Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):
Was bedeutet uns der 20. Juli 1944?
 Wesseling/Hannover, März 2011
 ISBN 978-3-941904-96-5

■ **Band 6:**

Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):
DDR: Mythos und Wirklichkeit. Wie die SED-Diktatur den Alltag der DDR-Bürger bestimmte. Didaktische Begleitung zur gleichnamigen Ausstellung
 4., überarbeitete Auflage
 Sankt Augustin/Potsdam, Januar 2015
 ISBN 978-3-95721-077-7

■ **Band 7:**

Melanie Piepenschneider, Klaus Jochen Arnold (Hrsg.):
Was war die Mauer? Die Errichtung der innerdeutschen Grenzanlagen durch das SED-Regime und ihre Folgen
 3., überarbeitete Auflage
 Sankt Augustin/Potsdam, Januar 2015
 ISBN 978-3-95721-076-0

■ **Band 8:**

Klaus-Jürgen Engelen:
„Cicero“ – Entscheidungs- und Konferenzplanspiele zur Staatsschuldenkrise in der EU
 Wesseling, April 2012
 ISBN 978-3-942775-81-6

■ **Band 9:**

Annette Wilbert:
Update Politische Bildung. Leitfaden für die Seminarpraxis
 Wesseling, Januar 2013
 ISBN 978-3-944015-30-9

■ **Band 10:**

*Tanja Segmüller, Angelika Zegelin, Franz Wagner, Christel Bienstein:
Menschen würdig pflegen? Das Recht auf qualifizierte Pflege.*

Eine Diskussionsschrift

2., unveränderte Auflage

Sankt Augustin / Berlin, März 2013

ISBN 978-3-944015-36-1

■ **Band 11:**

Jana Kulhay:

*Die Mediengeneration. Jugendliche, ihr Medienkonsum
und ihre Mediennutzung*

Sankt Augustin / Berlin, Januar 2013

ISBN 978-3-944015-33-0

■ **Band 12:**

Andreas Jungherr, Harald Schoen:

*Das Internet in Wahlkämpfen. Konzepte, Wirkungen und
Kampagnenfunktionen*

*(Vollständige, unveränderte PDF-Ausgabe der im Springer VS,
Wiesbaden 2013, erschienenen Buchausgabe)*

Sankt Augustin / Berlin, Juni 2013

ISBN 978-3-658-01012-6

■ **Band 13:**

David Jonathan Grunwald:

*Ordnungspolitische Bildung als Bestandteil der außerschulischen
Erwachsenenbildung*

Wesseling / Berlin, Januar 2014

ISBN 978-3-95721-008-1

■ **Band 14:**

Maja Eib, Daniel Braun:

*Demografischer Wandel und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum
am Beispiel Thüringens*

Wesseling / Erfurt, Januar 2014

ISBN 978-3-95721-014-2

■ **Band 15:**

Manuel Sutter, Serafin von Roon, Florian Samweber,
Kristin Wachinger:
Netzausbau in Deutschland. Wozu werden neue Stromnetze benötigt?
Wesseling / Berlin, September 2014
ISBN 978-3-95721-051-7

■ **Band 16:**

Tobias Montag, Thomas Recht:
Den Netzausbau mitgestalten. Potentiale formeller und informeller Beteiligung
Wesseling / Berlin, September 2014
ISBN 978-3-95721-052-4

■ **Band 17:**

Heinrich Blatt:
Die Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung.
Teil 1: 1957–1997
Wesseling/Berlin, Dezember 2014
ISBN 978-3-95721-068-5

■ **Band 18:**

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.):
América Latina – Kontinent der Möglichkeiten.
Jugendcamp der Konrad-Adenauer-Stiftung, 29. Juni – 1. Juli 2014
Sankt Augustin/Berlin, Dezember 2014
ISBN 978-3-95721-067-8

■ **Band 19:**

Karl-Heinz B. van Lier (Hrsg.):
Handlungsauftrag Demografie. Fakten – Expertise – Meinungen.
Sankt Augustin/Berlin, Oktober 2015
ISBN 978-3-95721-142-2

■ **Band 20:**

Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.):
Demografie & Demokratie. Experten-Positionen zum Einfluss des demografischen Wandels auf die Demokratie.
Sankt Augustin/Berlin, Dezember 2015

■ **Band 21:**

Volker Kronenberg:

Europa vor Ort.

Sankt Augustin/Berlin, 2016

ISBN 978-3-95721-193-4



Konrad
Adenauer
Stiftung



www.kas.de